

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich, Sonntage und Montags ausgenommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Wohnorte außerhalb Berlins sind Porto- und Frachtkosten zu zahlen. Unser Streifenband bringt für Deutschland und Österreich 18,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Inwieweit Saldo-Verschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Abbestellen, Expedieren und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 8-9.

Die achtzehntelbeilige Nummer erscheint aber dreimal wöchentlich, nämlich am Montag, Mittwoch und Freitag. Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Sonstige Anzeigen laut Tarif. Inserat-Verträge und Streifen-Verträge 2,20 M. netto von jeder. Bestell-Scheine in Wert-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4510, 4003, 4025, 4040, 4021

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Im Strom der Revolution

Nur ein Zwischenakt!

Ununterbrochen steigt seit einigen Monaten die Kohlenproduktion; der Urstoff für die deutsche Wirtschaft bietet sich fast wieder in der Fülle der Friedenszeit dar. Das Bürgertum beginnt wieder aufzuatmen: Nun muß sich alles, alles wenden, wer will noch davon sprechen, daß die kapitalistische Wirtschaft endgültig zusammengebrochen sei?

Herr Escherich, der wahre Kommandeur Deutschlands, hat kürzlich in aller Öffentlichkeit seine Schlachtpläne entwickelt. Der Entwaffnungskommissar hat gute Vorarbeit geleistet, und nun bleibt der Orgesch nur noch übrig, an das Werk der Gegenrevolution die letzte Hand zu legen.

In den Etat des Reichsministeriums des Innern ist ein Posten von 40 Millionen Mark für die Technische Not-Hilfe eingestellt worden. Ein schöner Baken Geld, sagt sich das Bürgertum, aber er lohnt sich schon. Wo es die Orgesch etwa noch fehlen läßt, dort wird es das staatlich organisierte Streikbrechertum schon machen.

Immer unterhüllter gebärdet sich die Gegenrevolution. Die Vertreter der ukrainischen Hetmannregierung sind in den Reichsämtern wie zuhause. Wrangels Vertrauensmänner spinnen von Berlin aus ihre Fäden. Nach Polen werden ganze Eisenbahnzüge mit Heeresmaterial verschoben und die arme deutsche Regierung erfährt zwar, daß sie in die Hände der polnischen Armeekommandanturen fallen, sie ist aber unglücklicherweise nicht in der Lage, die deutschen Absender festzustellen.

In Bayern verhindert man die Revolutionsfeiern, und nicht einmal für die Republik darf öffentlich demonstriert werden. Aber die Monarchisten sind obenauß. Sie lassen sich freilich Zeit, sie wollen erst gründlich alle Vorbereitungen für die Wiedereinkung der Wittelsbacher treffen.

So die Bourgeoisie. Und das Proletariat? Die Arbeitslosigkeit hat einen riesenhaften Umfang angenommen. Weite Schichten der lohnarbeitenden Bevölkerung müssen sich zu verkürzter Arbeitszeit und zu bedeutenden Lohnherabsetzungen verstehen. Zwar herrscht ein ungeheurer Mangel an den wichtigsten Lebensmitteln, aber das kapitalistische Profitinteresse veranlaßt die Unternehmer zu Stilllegungen der Betriebe oder zu Einschränkungen der Produktion.

In den Städten, in den Industriebezirken herrscht entsetzliche Wohnungsnot. Millionen von Menschen sind in den armseligsten, gesundheitsschädlichsten Höhlen zusammengepfercht. Die Errichtung von Wohnungen in größtem Umfange müßte sofort unternommen werden; aber das Privatkapital baut nicht, weil bei den heutigen Materialpreisen die Rentabilität nicht gesichert ist, und das Reich hat zwar fünf Milliarden für die Reichswehr, aber nur wenige Bettelmillionen für den Wohnungsbau übrig.

Kartoffeln kosten 50 Pfennig das Pfund. Für ein kleines Brot in schlechtester Beschaffenheit muß man 4,50 Mark zahlen. Rindfleisch kostet 12 bis 20 Mark das Pfund, ein Ei 2,75 Mark das Stück. Die Kinder des Proletariats gehen an Unterernährung zugrunde. Malaria, Tuberkulose, Scharlach wüten unter der arbeitenden Bevölkerung. Die Regimenter wurden nach der biblischen Erzählung von zehn Plagen heimgesucht, die kapitalistische Hölle läßt tausend Plagen auf das Proletariat los.

Was aber tut die Arbeiterklasse? Schleicht sie ihre Reihen enger zusammen, hat sich schon der letzte Proletarier in die sozialistische Organisation eingegliedert, um mit Entschlossenheit den Kampf gegen kapitalistische Wirtschaftsordnung bis zum siegreichen Ende mitzuführen? „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ So rief uns schon vor siebzig Jahren das kommunistische Manifest zu. Heute aber erleben wir, daß die Proletarier, statt vereint den Kampf gegen das Kapital zu führen, sich untereinander auf Tod und Leben beschaden und zersplittern.

Der Unabhängigen Sozialdemokratie war es gelungen, das Groß des revolutionären Proletariats unter ihren Fahnen zu sammeln. Mit Stolz sah die Arbeiterklasse, wie ihre Organisation wuchs, wie die Bourgeoisie mit der größten Beforgnis dieser Entwicklung zusah. Die unabhängige Sozialdemokratie wurde ein immer stärker wirkender Machtfaktor in Deutschland.

Da kam das Gebot von Moskau. Von der Unabhängigen Sozialdemokratie wandten sich einige Teile ab, machten die Partei wochenlang aktionsunfähig und die kapitalistische Presse konnte jubeln: der Sozialismus hat eine Schlacht verloren!

Rechts von uns: die rechtssozialistische Partei, die ihren Frieden mit der Bourgeoisie gemacht hat, die sich

mit dem Bürgertum in die Macht teilen will und trotz der bitteren Erfahrungen nach der Revolution und während der Roskeperiode nicht zu erkennen vermag, daß bei solcher Politik die Arbeiterklasse immer das Nachsehen haben muß.

Und links von uns: Ein wirrer Haufe von Parteispalttern und Sekten; von Gewaltpolitikern, denen zur Ausübung der Gewalt nur die Macht fehlt; von Illusionären, die mit sozialen Quacksalbereien die kranke Welt heilen wollen; von anarchistischen Kleinbürgern, die das Wesen der Revolution nur in der Zerstörung sehen, zum proletarischen Ausbau aber unfähig sind; von Dogmengläubigen, denen das Interesse für ihre Sekte alles, die Sache des Proletariats aber nichts gilt.

Doch die Bourgeoisie jubelt zu früh. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat zwar einen kleinen Teil ihrer bisherigen Anhänger verloren, aber die Partei des revolutionären Proletariats ist in achtunggebietender Stärke verblieben, und wir wissen, daß unsere Reihen sich nicht nur wieder auffüllen, sondern sich mit neuen Streitern verstärken werden.

Die Bourgeoisie wiegt sich schon in dem törichtesten Glauben, als ob die Revolution vorüber sei und der Riese Proletariat gebunden am Boden liege. Wir aber wissen aus unserer sozialistischen Einsicht, daß wir uns nicht am Ende der revo-

lutionären Entwicklung befinden, sondern erst zwischen zwei Akten des proletarischen Befreiungskampfes. Die Arbeiterklasse mag vorübergehend von der politischen Bühne abgedrängt werden; aber nur um auf neue ihre Kräfte zu sammeln für die nächsten Angriffe auf die kapitalistische Wirtschaftsordnung. Das Proletariat kann nicht früher den Klassenkampf beenden, bevor es nicht den Sozialismus verwirklicht und damit zugleich jegliche Klassenherrschaft abgeschafft hat.

Nur ein Akt in der sozialen Revolution ist vorüber; die Revolutionierung der Gesellschaft schreitet ununterbrochen fort. Wie die nächsten Phasen des weltgeschichtlichen Dramas, die Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische und die damit verbundene Umformung des politisch gesellschaftlichen Lebens, aussehen werden, wer vermag das in allen Einzelheiten vorauszusagen? Denn nicht allein das Proletariat bestimmt über den weiteren Verlauf der Revolution. Ob sie sich künftig mehr brutaler, ob mehr humaner Mittel bedienen wird, das hängt vor allem von dem Verhalten unserer Gegner ab.

Aber das eine wissen wir, und das muß sich in jedes Proletarierhirn eindringen: wir müssen unsere Taktik auf alle Formen des revolutionären Kampfes einstellen; wir müssen unsere Organisation ausbauen, daß sie jedem Sturm gewachsen sind; wir müssen schon jetzt alle die Einzelziele zu erreichen suchen, von denen aus der Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus weitergetragen werden kann.

Ein solches Einzelziel ist die Sozialisierung des Bergbaus. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat den Ruf an das gesamte Proletariat ergehen lassen, die Verfügung über die Bodenschätze den Kapitalisten zu entreißen und sie der Allgemeinheit zuzuführen, um sie durch die wirklichen Produzenten, die Arbeiter, Angestellten und Techniker, verwaltet zu lassen. Keine Parteilichkeit Kapital und Arbeit, keine Arbeitsgemeinschaft, keine Stinnesierung! Nur durch den Kampf gegen das Kapital, durch die Aktionen der Massen kann eine wirkliche Sozialisierung durchgeführt werden. Das Proletariat hat unseren Ruf verstanden; begeistert ist es in diesen Kampf eingetreten.

Und so wird, wie in diesem Einzelfall, auch in jedem anderen Stadium des revolutionären Kampfes die Unabhängige Sozialdemokratie führend und wegweisend vorangehen. Wir wollen keine engen, parteiorganisatorischen Zwecke verfolgen. Das Interesse der Arbeiterklasse über alles, die Partei sei nur ihre Dienerin! Aber indem wir die Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratie stärken, geben wir dem Proletariat erhöhte Schlagkraft, bereiten wir den Boden vor, auf dem sich die Arbeiterklasse zu den letzten entscheidenden Kämpfen für den Sozialismus rüstet.

So soll uns der heutige Tag, an dem die „Freiheit“ auf ihr zweijähriges Bestehen zurückblicken kann, die erwünschte Gelegenheit geben, neue Leser für das Blatt des revolutionären Proletariats, neue Mitglieder für unsere Organisation, und damit neue Kämpfer für den Sozialismus zu gewinnen. Zwei Jahre mögen in der Geschichte der Welt wie zwei Augenblicke erscheinen; aber in den Kriegsjahren der Revolution zählen sie zehnmal. So mag auch die „Freiheit“ von sich mit Recht sagen: So kurz diese Jahre waren, so habe ich doch allezeit meine Pflicht gegen die Arbeiterklasse getan!

Und so rufen wir das Proletariat heute auf: Vergeßt nicht, daß wir uns jetzt nur in einem Zwischenakt des revolutionären Weltendramas befinden! Schärft eure geistige Rüstung, sorgt dafür, daß von dem heutigen Tage eine neue kürzische Entwicklungsperiode eures Blattes, der „Freiheit“, ausgeht!

Nur eine Ruhepause

„Wenn wir also geschlagen sind, so haben wir nichts anderes zu tun, als wieder von vorne anzufangen. Und die wahrscheinlich sehr kurze Ruhepause, die uns zwischen dem Schluß des ersten und dem Beginn des zweiten Aktes der Bewegung gesondert ist, gibt uns glücklicherweise Zeit zu einem höchst notwendigen Stück der Arbeit: der Untersuchung der Ursachen, die sowohl die letzte Erhebung wie auch deren Niederlage mit Notwendigkeit herbeiführten: Ursachen, die nicht in den zufälligen Bestrebungen, Talenten, Fehlern, Zerklümmern oder Verrätereien einiger Führer zu suchen sind, sondern in dem allgemeinen gesellschaftlichen Zustand und den Lebensbedingungen jeder der von der Erschütterung betroffenen Nationen.“

Karl Marx, „Revolution und Kontinental-Revolution“

Kämpft für eure Presse!

Es ist immer eine der vornehmsten Parteipflichten gewesen, für die Erklärung der Parteipresse einzutreten. Klar erkannt hatte man die gewaltige Bedeutung des geschriebenen Wortes und die hieraus sich entwickelnde systematische Einführung in die Gedankengänge des Sozialismus. Je gehaltvoller, unterrichtender und belehrender die Parteipresse ist, umso leichter wird ihre Massenverbreitung und desto tiefer die Wirkung auf weite Volkskreise. Hätten wir beispielsweise in der Republik 15 Millionen Abonnenten auf die Parteipresse, so könnten wir bald auf die Parlamentstribüne verzichten. Wir könnten in der denkbar ausgiebigsten Weise für den Sozialismus wirken.

Genau dieselben Gedankengänge beherrschen auch den Kapitalismus, nur mit dem Unterschied, daß es bei uns beim bloßen Wollen bleibt, während er, dank seiner riesenhaften Geldmittel, längst an der Verwirklichung arbeitet. Wir lesen immer wieder von Neuerwerbungen aller möglichen Blätter durch den Stinnes-Konzern. Diese Kapitalismagnaten lassen das gesamte Volk in Stadt und Land Tag um Tag bearbeiten. Keine Notiz geht dort in Druck, die nicht bald offen, bald verheißt, den Haß gegen die aufgeklärte Arbeiterklasse zum Hauptziel hat.

Niemals hat man die Arbeiter glühender gehaßt als jetzt!

Und niemals waren wir zerrissener als jetzt. Da aber die politischen und ökonomischen Verhältnisse gewaltig für uns arbeiten, so wäre es das größte Verbrechen an uns selbst, wollten wir uns nicht endlich aufrufen. Schwierigkeiten dürfen uns nicht schrecken, im Gegenteil, sie sollen unsere Tatkraft und unser eisernen Willen stärken.

Jeder Genosse, jede Genossin hat die heilige Pflicht, für die Verbreitung und die Stärkung der

„Freiheit“

zu sorgen. An jedem Tag muß Jeder einen neuen Leser hinzugewinnen. Es müßte ja mit dem Teufel zugehen, sollte dieses Ziel nicht erreicht werden. Wir haben gegenüber der internationalen Arbeiterbewegung die unabweisbare Pflicht, die deutsche Arbeiterklasse von der kapitalistischen, arbeiterscheißenden

Zeitungspest

zu befreien.

Wer will nicht mitmachen?

Zwei Jahre Kampf!

Ein Beitrag zur Geschichte der Berliner Parteientwicklung.

Heute marschieren die „Freiheit“, das Kind der deutschen Revolution, munter und pönbastig in ihr drittes Lebensjahr hinein. Die stürmischen Geburtswehen einer neuen Zeit verhalfen auch der revolutionären Berliner Arbeiterschaft zu einem eigenen Organ und nach Überwindung schwerer Kinderkrankheiten hat sich die „Freiheit“ heute bereits zu einer führenden Stellung nicht nur in der Berliner, sondern in der gesamten deutschen Arbeiterbewegung hinaufgearbeitet. Diese dominierende Stellung wird sie — trotz der unglücklichen Voraussetzungen von rechts und links — auch künftig behalten.

In der zunehmenden Bedeutung einer Parteipresse und in ihrem Einfluß spiegelt sich die Aufwärtsentwicklung einer Partei selbst wider. In demselben Verhältnis, in dem sich die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands als Organisation durchsetzen und richtunggebend wirken konnte, mußte auch ihre Presse als Vorkämpferin und Herold des Sozialismus zu einem Machtfaktor werden. So ist die grundsätzliche und taktische Einstellung der Partei zu allen schwebenden und weltbewegenden Fragen des revolutionären Kampfes die erste und elementarste Voraussetzung für die agitatorische und kritische Wirksamkeit der Presse.

Wenn wir also heute aus dem Umfang der Einflusssphäre der „Freiheit“ den Schluß ziehen, daß auch die in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Berlins verförperte Berliner revolutionäre Bewegung trotz aller Wirnisse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete in steter Emporentwicklung begriffen ist, so entspricht diese Annahme den Tatsachen.

Einige kurze parteigeschichtliche Betrachtungen aus der Berliner Arbeiterbewegung mögen das beweisen.

Bereits vor dem 9. November 1918 wurde trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen die Partei der Sammelpunkt aller revolutionären Elemente. Die Verweigerung einer Tagespresse durch das Oberkommando in den Marken, die nur mangelhaft durch das wöchentlich erscheinende Mitteilungsblatt ersetzt werden konnte, hinderte nicht die Ausbreitung der revolutionären Ideen, die durch das täglich wachsende Glend des Krieges immer mehr in der Bevölkerung Fuß faßten.

Stürmische Wochen folgten. In den Straßen Berlins stieß Blut. Die Wahlen zur Nationalversammlung brachten uns nicht den erwarteten äußeren Erfolg, trotzdem die Mitglieder der Organisationen schon damals sprunghaft in die Höhe gegangen waren. Die bürgerlichen Gegner und nicht zum mindesten die Rechtssozialisten, glaubten schon triumphieren zu können. Die sich sammelnden kapitalistischen Kräfte ersehen sich Noste zur Vollstreckung ihres gegenrevolutionären Willens aus. Aber zeigte schon das Steigen der für uns abgegebenen Stimmen bei den Wahlen zur preussischen Konstituante und zur Berliner Stadtverordnetenversammlung im Verhältnis zu den gegnerischen Parteien unseren zunehmenden Einfluß, so erstarkte unsere Organisation auch innerlich unter den Schlägen der nosistischen Schergen.

Es muß der Berliner Arbeiterschaft zu ihrem Ruhme nachgesagt werden, daß sie allen Gewaltmaßnahmen und allen Einschüchterungen eisernen Trost geboten hat. Ihre organisatorische Stütze fand sie dabei in der U. S. P. D., die die Wegweiserin in diesem Kampfe gewesen ist. Zahllose Genossen in führender Position sahen hinter Kerkermauern oder wurden verfolgt, ein Preisverbot sagte das andere, und dennoch konnte in einer solchen kritischen Situation die Berliner Parteioorganisation durch den nachhaltigen Eindruck einer Kundendemonstration von nie dagewesenem Umfang und imponierender Geschlossenheit im Lustgarten die Unterzeichnung des Friedensvertrages erzwingen. Die Massen folgten dem Ruf unserer Partei, die inzwischen zum stärksten politischen Faktor Groß-Berlins aufgerückt war.

Und sie ist es bis heute geblieben!

Noch einmal, am 13. Januar 1920, wurde die Partei vor schwere Aufgaben gestellt. Die Kundendemonstration gegen das Betriebsrätegesetz vor dem Reichstag kostete der Berliner Arbeiterschaft 46 Tote und einige hundert Verwundeter. Wieder folgte eine Periode schwärzester Reaktion! Mordtötung gemacht durch das Verbot der „Freiheit“ und durch Verhängung des Belagerungszustandes, war es nur nach Überwindung größter Schwierigkeiten möglich, das organisierte Leben in der Partei aufrecht zu erhalten. Aber

schließlich ist jede Gewaltanwendung zur Unterdrückung der Arbeiterschaft zu deren Gunsten ausgeschlagen. Mit ungeborener Kraft hat die Berliner Organisation der U. S. P. D. den Kampf gegen die zum Vorstoß rüstende Gegenrevolution aufgenommen und die Führung in diesem Kampfe behalten.

Dieser Vorstoß erfolgte im März durch den Kapp-Putsch. Jene Ereignisse, die manchem braven Genossen das Leben kosteten, sind zu frisch in der Erinnerung, als daß sie in aller Breite behandelt zu werden brauchen. Die herrliche Abwehr des reaktionären Putsches kostete auch Noste das politische Leben.

Der beispiellose Zusammenbruch der rechtssozialistischen Politik wirkte auf unsere Parteibewegung zurück. Durch die Erfahrung belehrt, lehrten viele Arbeiter der U. S. P. D. den Rücken und schlossen sich unserer Partei an. Aus dem Reichstagswahlkampf ging die Berliner Organisation als unbestrittener Sieger hervor. Im ganzen Reich eroberten wir 81 Mandate und zogen als zweitstärkste Fraktion in den Reichstag ein. Nichts kennzeichnet wohl die sprunghafte Entwicklung unserer Partei besser als eine Gegenüberstellung dieser 81 Mandate mit den 22 Sitzen, die wir bei der Wahl zur Nationalversammlung 1919 geholt hatten. Im Berliner Roten Hause wurden wir mit 85 Mandaten die weitaus stärkste Fraktion.

So vollzog sich unter dem stürmischen Banner der U. S. P. D. mehr und mehr die Einigung des kämpfenden Proletariats, die mit dem Erstarken der gegenrevolutionären Kräfte zur Naturnotwendigkeit wurde. Stärk und mächtig, trotz aller Kriegserfahrungen und blutigen Kämpfen unbesiegt, stand die Partei als festes Bollwerk der revolutionären Arbeiterschaft bereit, den letzten, entscheidenden Machtkampf mit dem Kapitalismus aufzunehmen.

Da kam die härteste Belassungsprobe: die für die Aufnahme in die dritte Internationale vom Moskauer Exekutivkomitee gestellten 21 Bedingungen und die durch diesen Streit heraufbeschworene Spaltung der Partei. Der Parteitag von Halle liegt hinter uns. Schwere innere Kämpfe haben das feste Gefüge der Partei erschüttert. Wenn wir den entschlossenen und rücksichtslosen Kampf für Ablehnung der Bedingungen, die eine Zerstückelung der U. S. P. D. bedeuten, geführt haben, so geschah das nicht aus parteipartikularistischen Motiven heraus, sondern ausgehend von der grundsätzlichen Erwägung, daß, abgesehen von unserer Stellungnahme zu den Methoden der russischen Genossen, eine Zerstückelung der Kampffront des revolutionären Proletariats im Stadium fortschreitender Sammlung ein politisches Verbrechen, eine gegenrevolutionäre Handlungsweise darstellt.

Die ultimativen Bedingungen Moskaus sollten das Todesurteil über die U. S. P. D. sprechen. Sollten! Aber weder ein Sinowjew, noch seine neukommunistischen Nachbeter sind in der Lage gewesen, dieses Urteil vollstrecken zu können. Die Abspaltung des neukommunistischen Flügels ist vollzogen und seine Verschmelzung mit der K. P. D. steht unmittelbar bevor. Ob die K. P. D. in stande sein wird, dadurch aus ihrer bisherigen politischen Bedeutungslosigkeit herauszutreten, steht dahin. Das Ergebnis von Halle ist zweifellos niederhermetisch; das Ergebnis nach Halle aber ist sicher eine Enttäuschung ebenso für die Neukommunisten wie für die russischen Parteiführer.

Wir haben die Gefahr, in der die stärkste revolutionäre Partei Deutschlands schwächte, nie verkannt. Diese Krise war insofern für uns die gefährlichste, weil der tödliche Schlag gegen die U. S. P. D. nicht von außen, sondern von innen, von den eigenen Genossen auf Befehl Moskaus geführt werden sollte.

Ohne Uebertreibung dürfen wir heute behaupten, daß auch diese Krise überwunden ist.

Organisatorisch und moralisch steht unsere Partei auf festen Füßen. Das trifft insbesondere auch auf Berlin zu. Weder die mitleidigen Nachrufe des „Vorwärts“, die er uns im reichlichsten Maße spendete, noch das Hallali, mit dem uns täglich die „Noste Rahne“ und die „Internationale“ durch ihre Spalten schleifen, wird an dieser Tatsache etwas ändern können. Dafür bürgt schon die aufopfernde agitatorische Tätigkeit unserer Genossen, die rechtzeitig dafür sorgen, daß es heute für uns keinen organisatorischen „Wiederaufbau“ gibt.

Wenn voreilige Prophezeiungen irgend welche Lebensberechtigung hätten, läge es um den Sozialismus und die Revolution böse aus. Bereits die alte Sozialdemokratie, die

Wilhelm der Letzte zu einer „vorübergehenden Erscheinung“ stempelte, zeigte wenig Reigung, von der politischen Bildfläche zu verschwinden und etablierte sich als dauernde Einrichtung. Nach der im Kriege notwendig gewordenen Konstituierung der U. S. P. D. sagten uns unsere mehr oder minder großen Gegner einen schnellen politischen Tod voraus. Wir prophezeiten nicht; aber wir haben berechtigte Hoffnung, sie samt und sonders zu überleben. Das mächtige Naturgesetz der Revolution läßt die einen an Greisen schwäche und die politischen Frühgeburten und Siebenmonatskinder bereits in den Windeln sterben. . . .

Es ist wahr: schwere Zeiten liegen hinter uns. Und gewiß ist es ebenso wahr, daß schwere Zeiten uns noch bevorstehen. Die Berliner Organisation der U. S. P. D. geht mutig neuen Kämpfen für die Verwirklichung des Sozialismus entgegen. Wenn bis jetzt weder die Streiche von rechts noch die Angriffe von links uns von dem Wege abbringen konnten, den wir als den allein richtigen erkannt haben, so werden wir auch in Zukunft die letzte Feuerprobe bestehen.

Die „Freiheit“ aber, mit der wir in den zwei Jahren der Revolution manches wechselvolle Gesicht teilten, sie soll auch in ihrem neuen Lebensabschnitt Känderin und Wegbereiterin des großen Gedankens des völkerverbindenden Sozialismus sein.

Sektenbewegung

Die erste Phase in dem Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie ist durch die Sektenbewegung bezeichnet. Diese ist berechtigt zu einer Zeit, in der das Proletariat sich noch nicht hinreichend entwickelt hat, um als Klasse zu handeln. Der einzelne Denker unterwerfen die sozialen Gegenstände einer Kritik und geben zugleich eine phantastische Lösung derselben, welche die Macht der Arbeiter, nur für sich anzunehmern, zu verbreiten und praktisch ins Werk zu setzen braucht. Es liegt schon in der Natur dieser durch die Initiatorie einzelner gebildeten Sekten, daß sie sich jeder wirklichen Tätigkeit, der Politik, des Streiks, den Gewerkschaften, mit einem Worte jeder Gesamtbewegung gegenüber fremd und abgeschlossen verhalten. Die Klasse des Proletariats bleibt stets ihrer Propaganda gegenüber gleichgültig, ja selbst feindselig. Die Arbeiter von Paris und Lyon wollten ebenjeden von den Saint Simonisten, Fourieristen, Jartieren, wissen, wie die englischen Eboristen und Tradeunionisten von den Owenisten. Die Sekten, im Anfangsbefehl der Bewegung, werden ein Hindernis, so wie diese sie überholt, sie werden dann reaktionär; Beweis dafür sind die Sekten in Frankreich und England und schließlich die Kasakanten in Deutschland. . . . kurz, sie stellen die Kindheit der Proletarierbewegung dar, wie die Astrologie und Alchimie die Kindheit der Wissenschaft. Damit die Gründung der Internationalen zur Mäßigkeit wurde, mußte das Proletariat diese Entwicklungsstufe überschritten haben. Gegenüber den phantastischen Sektenorganisationen ist die Internationale die wirkliche und streitende Organisation der Proletarierklassen in allen Ländern. Daher können die Statuten der Internationalen, nur einzelne Arbeitergesellschaften, die sämtlich denselben Zweck verfolgen und dasselbe Programm annehmen, daß sich darauf beschränkt, nur die großen Hauptziele des Ganges der Arbeiterbewegung zu zeichnen und ihre theoretische Ausarbeitung dem durch die Bedürfnisse des praktischen Kampfes und den Gedankenkreislauf innerhalb der Sektionen gegebenen Anstoß überläßt, während die Internationale ohne Unterbrechung jede sozialistische Uebereinkunft in ihren Organen und auf ihren Kongressen zuläßt.

Die Sekte laßt ihre raison d'être in ihrem point d'honneur (für dasjenige in ihrer allerersten Besonderheit) nicht in dem, was sie mit der Klassenbewegung gemein hat, sondern in dem besonderen Schibboleth, das sie von ihr unterscheidet.

Karl Marx: Privatjuzikular des Generalkrats der Internationalen Arbeiterassoziation.

Der Golgathaweg der Arbeiterklasse

Teuer erkauft die moderne Arbeiterklasse jedes Erkenntnis ihres historischen Berufes. Der Golgathaweg ihrer Klassenbefreiung ist mit unzahlbaren Opfern besetzt. Die Junkimpfer, die Opfer der Kommune, die Märtyrer der russischen Revolution — ein Reigen blutiger Schaiten, schier ohne Zahl. Jene waren aber auf dem Felde der Ehre gefallen, sie sind, wie Marx über die Kommunisten schrieb, auf ewige Zeiten eingestreckt in dem großen Herden der Arbeiterklasse. Jetzt fallen Millionen Proletarier aller Jungen auf dem Felde der Schmach, des Bruderermordes, der Selbstzerfleischung mit dem Sclavensclang aus den Lippen. Auch das sollte uns nicht erspart bleiben. Wir gleichen wahrlich den Juden, die Moses durch die Wüste führt. Aber wir sind nicht verloren, und wir werden liegen, wenn wir zu lernen nicht gelernt haben.

Rosa Luxemburg, aus der Junius-Broschüre.

Das Gesicht der Stadt

Von Ignaz Wrobel.

„Die Tragik eines Schicksals, das das aus einer verhängnisvollen Fügung der nächsten Willensmacht und Reichthumsflucht emporgeworfen Berlin dazu verdammt: immerfort zu werden und niemals zu sein.“
Karl Scheller, Berlin.
Man sagt nicht „berlinisch“, sondern „berlinisch“, und man ist es.

Aus einer kleinen lungen Residenz wurde diese unster Stadt durch die Gründerjahre im Schein des Krieges hebelgeheimlich jah emporgeworfen. Anallende Fassaden und aufgelassene Kaufmannsgattinnen, denen der neue Reichthum nicht das belam, gaben der Stadt ein Gepräge, das sich mit dem alten Bienenstock des Kaisers, seiner Offiziere und Beamten seltsam mischte. Der Reichthum wurde zwar nicht preussisch — aber die Preußen wurden goldgeladelt, nicht zum Vorteil für den Potsdamer Stil, der die Stadt bisher beherrscht hatte. Das Nationalunglück Wilhelm gab der Stadt den Keil. Und wer geologisch zu schürfen versteht, wird überall in Berlin diese drei Schichten aufzufinden wissen, deren Spuren dreifach vorhanden sind: das alte gute Berlin, das Berlin der Gründerjahre und das wilhelminische, das kriegerische Berlin.

Denn was eine nationale Presse, die ihre Kriegsbände niemals nachblättern darf, weil sie von falschen Prophezeiungen, von falschen Anschauungen und verderblichen Rathschlägen wimmeln, heute an Berlin der Revolution aufs Konto schreiben will, hat am 1. August 1914 seinen Anfang genommen. Der Niedergang des Paradieses für den Mittelstand und die Geburt einer neuen Stadt — das begann damals, als die Gassen widerhallten vom Loden bedauernswelter Irzer, die auszugehen, die Welt zu erobern und höchstens Brüsseler Spitzen, ein paar geflohtene Schweine und die Sapphilo heimbrachten. Damals, am 1. August, entstand dieses neue Berlin. Welches?

Zunächst: ein anderes. Das ist die Hauptmelodie, die heute überall gelungen wird: Vater meiniges! Wie hast du die verändert —! Denn es ist nicht mehr dieselbe Stadt, nicht mehr jene, durch die der Kaiser vor den abgehenden schmerzenden Proletariatsformen durch die begeisterten und demgemäßen abgeperzten Straßen zog. Es heißt noch Berlin. Aber schon ist es das nicht mehr.

Nach den paar wilden Monaten um die Jahreswende des Jahres 1918 — die einzige Zeit, wo in Preußen so etwas wie frische Luft wehte, trotz entsetzlicher Zerwürfne, Bruderkämpfe, Mord und Totschlag, Unruhen und Schrecken: frische Luft — („Na, ich danke!“ sagt der lachende Bürger) — nach dieser Zeit

hat sich Berlin rasch und folgerichtig entwickelt. Es ist immer mehr nach dem Osten gerückt.

Diese Kolonialstadt hat sich mit Ostjuden, Polen und Russen überflutet lassen müssen — sie ist es, die den ersten Ansturm der Elemente, die im Kulturwesten ihr Glück machen wollen, anzuhalten hat. Diese Ostlichen propagieren nicht, wie der Teutonische Wille meint, den Bolschewismus — sie sind zum größten Teil seine Feinde. Aber sie verändern Berlin.

Hefferrich-Wirtschaft und Lubendorff-Schlamperei haben die Stadt ausgelogen. Borbel die Seligkeit des Mittelstandes, vordel Kempinist und die Billigkeit des Amsternvergnügens — denn wie spezifisch berlinisch war dies, daß sich der Portofassensängling vor dem Krieg zwanzig Mark einsetzte und sie geradezu färslich — wie es ihm vorkam — durchbrachte. Das gab es in keiner anderen Stadt — anderswo war entweder oben oder unten und dazwischen nichts. In Berlin herrschte früher der Mittelstand. Große Reiche hat es nie gehabt. Die verließen die Stadt oder kamen gar nicht hierher.

Das ist dahin. Der Mittelstand wird langsam, aber sicher zerrieben — die mühsam bewahrte Haltung der Bürgerlichen ist heute schon häufig Lände, und nach oben und unten wandern sie ab: nach oben — das sind die Kriegs- und Revolutionsgewinner; nach unten: die proletarisierten Massen.

Wer aus dem Ausland hierherkommt, zeigt uns erst, wie wir geworden sind. Einer sagte mir mal: „Die Leute sehen hier alle so gemein in den Gesichtern aus!“ — Das wird wohl wahr sein. Der Kampf des Alltags gerät sich tief ein — man paukt sich nicht umsonst mit Wohnungsdämmern, Hauswirmern, Rationierungssystemen und Beamten herum, um den wirklichen Bedürfnissen des Lebens Geltung zu verschaffen. Denn dies ist oberster Grundfah in Berlin: Alles ist verboten. Und alles wird geschoben.

Es gibt keinen Erlichen. Den kann es gar nicht geben, denn die Preußen haben die Aufgaben des Staates falsch verstanden und legen Vorschriften auf, die unerlässlich sind. Also werden sie umgangen. Die Melodien sind verschieden. Das Strichmädchen am Schlesi-schen Bahnhof, der Rennschlober, der kleine Ladenbesitzer, der Ritter, die Hausfrau — sie könnten alle ohne Schließung gar nicht leben. Der Staat schändet ihnen — auf dem Papier — die Kehle ab. Und ungeheuer ist die Lebensnot dieser Ramenlosen, unerbittlich ihre Zähigkeit, sich nicht unterliegen zu lassen. Leichten? Du lieber Gott, wer kann denn hier leichtsinnig sein! Es ist einfach die brutale Fremde, noch da zu sein — nicht in Händern, zu liegen oder in der Luft zu sein — und sich unter gar keinen wie immer gearteten Umständen das Leben saurer machen zu lassen, als es für die Gehalt empfangenden Beamten unumgänglich notwendig ist.

Was die Stadt aus dem Frieden reiflos übernommen hat, das

ist ihr Tempo. Es ist nicht etwa amerikanisch (dazu ist es ja unpraktisch) — es ist ganz und gar berlinisch, und es steht an. (Das Tempo ist auch ganz deutlich in der Art, sich zu bewegen, zu erkennen. Amüement ist hier eine Arbeit.) Das hat das neue Berlin vom alten übernommen. Gänzlich gewandelt haben sich für Ohr und Auge die Typen.

Zunächst ist das Geld in andere Hände übergegangen. Und es sind dickere, fleischigere, seiltiere Hände als vormals. Die unabhängigen Geschäftler in den Kauflokalen gehören gemeinhin den Reklern an, und was die Lagen der Theater stert, verdreht meist die ganze Fassade. Wer kann noch —?

Hopp! Sie können alle noch! Eine ewig fluktierende, wech-selnde, in des Wortes wahrster Bedeutung hin und hergehende Schicht hat Geld. (Nicht Vermögen.) Und wer gerade Geld hat, gibt den Rahmen ab in den Filmpremieren, in Bars, und nackt oder so getanz wird, als sei man, in den tiefen Beden-autos, in Hotels und Beinstuben. Reiche Leute sind ja als Er-scheinung nur erträglich, wenn der Geist das Geld — ole! ole! — ein wenig verwirrt hat. Hier steht es auf allen Stimmern: Woll-dienen! — Rast und brutal und mit einem laubern kleinen Woll-den zur Diktatur. (Die ja auch besteht, ohne daß auch nur einer zeter.) Nie kann ich den dicken Mann vergessen, der im Spätnachmittag in der großen Halle — vor einem großen Tisch mit Kaffee, Zucker, Milch und Kuchen. „Ja“ sagte er, während er gerade einen ganzen Mannfuchen mit einem Nale zu stoßen bemüht war, „sehn Sie mal: der Bolschewismus. . . Die Leute arbeiten ja nicht!“ Er arbeitete jedenfalls.

Frauen sind Spiegel. Dieser Reichthum verdirbt die Frauen, die immer bei den Siegern des Lebens sind. Und die Waise, die neulich in der Provinz ein mutiger Staatsanwalt von den bürgerlichen Verführern der Arbeiterinnen geprochen hat, waren ein bißchen pathetisch — aber das meiste stimmte. Und ist ja begründet. Einmal am Abend ein bißchen Glanz, nicht immer das Grau, einmal Raft und Wein und Nigen. . . . Das Heimland aber. . . . Pflanzel. . . .

Und unmittelbar daneben stinkt das Glend. Ueber die ganze Strecke Mittelstand hinweg, der sich plagt, in allen Vorstellungen, besessenen ist und es noch nicht glauben kann, daß seine Zeit vorbei ist — unmittelbar daneben, am Gesundbrunnen, im Oden-stein in Norden, ein Glend, das dadurch noch schrecklicher wirkt, als man es verhindert, sich auf den Straßen zu zeigen. Betteln ist verboten! „Die deutschen Häuser in den Glendsovierteln Berlins haben alle ein Vorbemden an“ hat Graf Rehter einmal gesagt. Auchen hat. Und innen?

Janen so, daß mir einmal ein zurückgekehrter Kriegesgefangener sagte: „Ich war fünf Jahre in Sibirien. Da haben sie uns immer erzählt, wie elend die Russen leben. Aber hier! (er deutete auf seine jämmerliche Stube, in der sieben Personen männlich)

Die Kosten der Sicherheitswehr

Nachtragsetat in der preuß. Landesversammlung

In der preußischen Landesversammlung wies bei Beratung des Nachtragsetats für 1920 Genosse Ludwig (M. S. P.) darauf hin, daß in diesem Etat für die staatliche Sicherheitspolizei und deren Umwandlung nicht weniger als 765 Millionen Mark gefordert werden, darunter 12 Millionen von der Stadtgemeinde Berlin. Genosse Ludwig geißelte die Methode, derartige Summen zu verlangen, ohne die geringste Nachweisung und Spezialisierung. Das sei unerhört. Es sei überhaupt Pflicht der Regierung, vom Parlament erst einen Beschluß zu erhalten über die Art und Organisation der Polizei.

Beamtenorganisationen hätten schon darauf hingewiesen, daß diese Neuorganisation zu einer zweiten Reichswehr führe, in der die Offiziere bestimmen und die militärischen Charakter trage. Schon sei der Kampf der blauen Polizei gegen die Sipps im Gange. Denn die gesamte Polizei soll in die eine Organisation aufgehen, die eben noch unter Leitung von Offizieren stünde. Den alten Polizeibeamten würden Sipolente auf die Nase gesetzt.

Abg. Richter von der S. P. D. meinte, daß die Umgestaltung des Polizeiwesens doch im Ausschuss dargelegt worden sei, während der Finanzminister Lüdemann erklärte, daß im Ausschuss alle noch nötigen Aufklärungen über die Polizei gegeben werden würden. Die Kritik des Genossen Ludwig rief den Unterstaatssekretär Dr. Freund auf den Plan, der mit Empase die „Legende“ von der zweiten Reichswehr zerstören zu lassen glaubte. Es handelte sich vielmehr um eine Entmilitarisierung der Polizei, wie sie die Entente fordere.

Bei dem Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung geißelte Genosse Christange die Wirtschaft der Kriegsgesellschaften und ihre Profitmacherei. Ungeheuer sei die Dividendenfluderei einer großen Anzahl von Unternehmungen, die zu einer größeren Preistreiberi führe. Das ganze System sei faul und morsch und müßte grundsätzlich beseitigt werden.

Aus einer längeren Rede des Handelsministers Fischbed, der sich über alle möglichen Gebiete seines Ressorts verbreitete, war interessant die Mahnung an die Unternehmer, mit der Profitmacherei es doch ja nicht allzu schlimm zu machen. Er warne eindringlich davor. Als ob sich die Unternehmer daran lehnen würden.

Deutschland und seine Wehrmacht

Der Reichswirtschaftsverband deutscher Berufssoldaten feierte sein zweijähriges Bestehen mit einer am vorigen Sonntag vormittag im Circus Busch abgehaltenen Versammlung, die außerordentlich gut besucht war. Den Angehörigen der Reichswehr im Bezirk des Wehrkreises des Kommandos 3 war von dem Kommandeur, General Rumschittel, die Teilnahme an der Versammlung verboten worden. Die Mitteilung von diesem Verbot wurde von den Versammelten mit großer Entrüstung aufgenommen. Die Festrede hielt der Erste Vorsitzende des Verbandes, Franke, über das Thema „Das neue Deutschland und seine Wehrmacht.“ Er betonte, daß die Wehrmacht und Festigung unserer kleinen Wehrmacht solange möglich sein müsse, als sie weder nach innen noch nach außen die Behörde und Achtung gebührende Autorität aufbringen werde. Das neue Deutschland brauche Wehrmänner, deren Disziplin unbestechlich und keinem einzelnen dienbar, lediglich der Idee und dem Gebot der republikanischen Volkswillens zu dessen Schutz gehorche. Der einzelne Soldat der deutschen Republik dürfe nie und immer aus wirtschaftlichem Vorteil oder aus geistiger Rückständigkeit dem Herrenwillen einzelner untertänigen Handlangerdienste leisten. Der Reiner schuldete dann in längeren Ausführungen die Arbeit und Organisation der Berufsangehörigen des Reichsverbandes, der heute über 110 000 Mitglieder zählt, und beschäftigte sich zum Schluß mit dem Verlaufe, durch den Reichsgesetzentwurf den wirtschaftlichen Organisationsgedanken der Soldaten zu vernichten. Der Verband stehe seit den Kapptagen im Geruch der politischen Betätigung, während er in Wirklichkeit das stärkste Bollwerk gegen jegliche parteipolitische Vergewaltigung und Beeinflussung der Wehrmacht darstelle. (Lebhafte Beifall.)

Namens der Offiziersvereinigungen der deutschen Republik sprach Hauptmann a. D. Willi Mayer, der sich scharf gegen den augenblicklichen Entwurf des Reichswehrgesetzes wandte. Nicht Entpolitisierung, sondern Demokratisierung des Heeres sei notwendig, und zwar auf der Grundlage wahrheits-

und weiblichen Geschlechts (schlafen müßten). Sehen Sie sich das an! Das ist ja schämlich! Und keiner hilft uns! Und das Traurigste ist, daß es Leute so gibt, die noch etwas verdienen. Was tun die Arbeitlosen? Sie vertieren. Denn ein Volk geht nicht wie ein Vandalenschiff unter. Es verfaßt.

Und ganz merkwürdig ist der Haß der Reichen gegen die Armen und vor allem gegen die Arbeiter. Wo früher noch Mitleid war — sentimentales, unnützes Mitleid — ist heute blanker Haß, Vermischt mit Angst. Werden sie uns am Aufwärtendam etwas tun? Gott sei dank, noch haben wir die Sicherheitswehr.

Diese vergrößerte Stadt, unbesetzt in der Provinz, verhaßt aus ganz falschen Ursachen (unsere wahren Fehler sehen die andern kaum) — diese Stadt ist weniger einträglich, denn je. In den Wäldern und auf den Operettenbühnen lebt sie noch, wie sie dennemals war; mit dem pfeiferischen Schultze, mit den alten biden Weibsbierberlinern, mit den Kartifrauen, deren Maulwerk ging wie eine Kaffeemühle. Alles, alles ist härter geworden, und jener blaue Berliner Witz (die Berliner machten ihre besten und bisshigen Witze vormittags, wenn sie noch nicht gegessen hatten) — der ist dahin. Manchmal blinzt noch auf. Dann auf der Plattform ist alles so voll, daß die Leute kaum atmen können. Da fährt ein Müllwagen vorbei. Und der Fahrer, grinsend: „Warum setzt sich von Euch denn keiner hin?“

Und, soweit die Leute noch wirklich Berliner sind, die alte Eigenart ist noch da, sich nichts vormachen zu lassen, das Müllwagen gegen Schwindel, die Abneigung gegen die großen Worte. „Bei mir? — Ode.“ Und der andere kann abziehen.

Hat diese Stadt ein Gesicht? Wie ist es? Soll es bei der entsetzlichen, unerbittlichen, deutschen „Tätigkeit“ bleiben, die im Kommis das Ideal steht? (Der Kamerader war so ein uniformierter Kommis.) Sollte es nicht über die Fähigkeit hinausgehen, den Laden zu schmeißen? Konfession und Kiro haben eine innere Verwandtschaft. Klaggebend ist für alle eines: der Erfolg.

Was Carl Sternheim in seinem neuen Buch „Berlin“ voller Selbsthaß aufzeichnet: es trifft diese Stadt, die immer wieder von vorn anzulangen geneigt ist. Sie steht allemal auf dem Boden der gegebenen Tatsachen. Sie lebt. Wie wird sie morgen leben?

Da steht der Untergrundbahnwagen. Auf seinem Schild steht: Berlin. Er ist prägnant, so voll, daß eine Schelke stirbt, und ein bider Mann, der auf dem großen Zeh einer Dame steht: „Ich will Ihnen mal was sagen, Jollein, was Sie mir können! — Jahnicht können Sie mir.“ Wo geht das hin?

Wir sitzen da und wissen nicht. Abfahrer!

getreuer Aufklärung. Das Reichswehrgesetz hätte unter der Regierung Kaiser Wilhelms auch nicht schlimmer ausfallen können. (Lebhafte Beifall.) — Reichstagsabgeordneter Dr. Heile (Dem.) bezeichnete das Verbot der Versammlungsteilnahme als unklug und die Maßnahme selbst als höchst politisch. Die Reichswehr dürfe nicht den Boden abgeben für den Kampf der zwei Welten, die jetzt in Deutschland miteinander ringen. Die Disziplin der Reichswehr werde durch die wirtschaftliche Organisation nicht leiden; aber gerade durch das Verbot des Beitritts werde der Verband politisiert. (Zuruf: Warum legt das der Demokrat Geißler nicht?) Der Vize des Reichswehrministers ist ein äußerst schwerer. (Erregte Zwischenrufe.) — Nachdem noch ein Vertreter der S. P. D. gesprochen hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Wahlen in Sachsen

Großer Rückgang der Wahlbeteiligung

Anwachsen der Deutschnationalen

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Präsident, 13. November.

In der gestrigen Landtagswahl beteiligten sich etwa 1 800 000 Personen, ungefähr 600 000 weniger als zu den Reichstagswahlen im Juni. Nach den bis Montag nachmittag 5 Uhr vorliegenden Meldungen erhielten in runden Zahlen Stimmen:

| | |
|-------------------------------|-----------|
| Deutschnationale | 427 000 |
| Deutsche Volkspartei | 373 000 |
| Demokraten | 157 000 |
| Zentrum | 21 000 |
| Bürgerliche Parteien zusammen | 978 000 |
| Sozialdemokraten | 508 000 |
| Unabhängige Sozialdemokraten | 280 000 |
| Däumig-Richtung | 58 000 |
| Kommunisten | 115 000 |
| Sozialdemokraten zusammen | 1 019 000 |

Kleine Verschiebungen und Erhöhungen dieser Zahlen, mit denen zu rechnen ist, werden an dem Gesamtbild nichts ändern. Die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten fielen gegenüber dem Ergebnis der Reichstagswahlen im Juni etwa auf die Hälfte, die Rechtssozialisten verloren etwa 13 000, die Demokraten 55 000, die Deutsche Volkspartei 65 000 Stimmen. Die Deutschnationalen haben etwa 115 000 Stimmen gewonnen. Die Aufrechnung der Stimmen ergibt nach dem vorliegenden Resultat eine kleine Mehrheit der Stimmen aller sozialistischen Parteien über alle bürgerlichen Parteien.

Von den 96 Mandaten dürften entfallen auf die Rechtssozialisten 27, bisher 43, Unabhängigen 13, bisher 15, Kommunisten 5, Däumig-Richtung 2, Demokraten 7, bisher 22, Deutschnationale 21, bisher 13, Deutsche Volkspartei 18, bisher 4, Zentrum 1. Danach halten sich die Sozialdemokraten und die Bürgerlichen mit je 47 Mandaten die Waagschale, die übrigen zwei Mandate werden auf Reststimmen verteilt. Von der Verteilung dieser zwei Mandate hängt die Entscheidung über die Majoritätsbildung zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen oder die Stimmengleichheit ab. In der Volkstammer hatten bisher die Sozialdemokraten und die Unabhängigen Sozialdemokraten mit zusammen 57 Mandaten eine Mehrheit von 18 Mandaten über die bürgerlichen Parteien.

Nach Stichproben aus einzelnen Orten scheinen die Frauen viel zahlreicher gewählt zu haben als die Männer.

Es ist nicht zu erwarten, daß die endgültigen Wahlergebnisse das Bild, das die bisherigen gezeigt haben, verändern werden. Wir müssen also mit den zwei bedauerlichen Tatsachen rechnen, daß der erhebliche Rückgang der Wahlbeteiligung eine Zunahme der politischen Gleichgültigkeit zum Ausdruck gebracht hat und daß ein starkes Anwachsen der rechtsbürgerlichen Stimmen einem erheblichen Rückgang der sozialistischen Stimmen gegenübersteht.

Beide Tatsachen sind der Ausdruck der zunehmenden Verschärfung der Klassengegensätze, die in einem so ausgeprochenen Industrielande wie es Sachsen ist, früher bereits zu einer politischen Konstellation geführt haben, bei der äußerste Rechte und äußerste Linke sich unvermittelt gegenüberstanden. Aber während schon vor fast zwei Jahrzehnten Sachsen eine überwältigende sozialistische Mehrheit aufwies, sind jetzt alle sozialistischen Parteien zusammen nur wenig stärker als die bürgerlichen.

Dieser Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen, sowie die geringere Wahlbeteiligung, die diesmal anscheinend gerade proletarische und kleinbürgerliche Kreise erfaßt hat, dürfte zu einem wesentlichen Teile zurückzuführen sein auf die inneren Auseinandersetzungen, die das Gefüge unserer Partei zerrissen haben und ihre Anziehungskraft auf die Massen verminderten. Es wäre falsch, diese Ursache verschleiern zu wollen, oder sie mit der zunehmenden Abneigung der Massen gegen den Parlamentarismus zu erklären. Eine solche Strömung von nennenswertem Umfang ist in Sachsen nicht mehr vorhanden, wohl aber zeigt das Versinken der Massen in den Sumpf der politischen Gleichgültigkeit, daß das Ueberwuchern innerer Auseinandersetzungen die Arbeiterbewegung nicht fördert, sondern hemmt.

Das Arbeitszeitgesetz

Am Freitag, den 12. November d. J., fand im Reichsarbeitsministerium unter Beteiligung von Vertretern der zuständigen Reichs- und Landesbehörden und des Arbeitsrechtsausschusses eine Besprechung des Gesetzesentwurfes über Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter mit Vertretern der Spitzenverbände der Unternehmer und der Arbeiter statt. Es wurden verschiedene Abänderungsvorschläge gemacht, deren eingehende Prüfung vom Reichsarbeitsministerium zugesagt wurde. Zur Klärung einiger grundsätzlicher Fragen soll ein kleiner Ausschuss aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter gebildet werden, mit dem das Reichsarbeitsministerium in den nächsten Tagen in Beratung treten wird.

Die dritte Niederlage der Neukommunisten vor Gericht.

Die Klage abgewiesen

Däumig und Genossen sind zunächst mit ihrem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wegen der Parteigelder abgewiesen worden. Nachdem beantragten sie bei Gericht eine einstweilige Verfügung wegen Benutzung der Räume des Zentralkomitees am Schiffbauerdamm. Sie sahen sich aber genötigt, diesen Antrag noch vor der Verhandlung zurückzunehmen. Ferner beantragten sie die Verhandlung über die für unser Zentralkomitee von Gericht erlassene einstweilige Verfügung, durch welche Däumig und Genossen das Betreten der Räume des Zentralkomitees untersagt wurde, um von neuem einen Antrag zu stellen, daß ihnen durch einstweilige Verfügung die Räume und Bücher des Zentralkomitees zugelassen werden. Nach stundenlangem Verhandlung-

über die wir schon berichteten, ist das Urteil des Gerichts dahin ergangen, daß gemäß den Anträgen der Genossen Dr. Rosenfeld und Dr. Wöhrlin 1. der für unser Zentralkomitee gestellte Antrag für erledigt erklärt und 2. der von Dr. Herzfeld für Däumig und Genossen gestellte Antrag abgewiesen wurde. Die Kosten des Rechtsstreits wurden gegeneinander aufgehoben.

Wir sind begierig, ob die Neukommunisten nach diesen verheerenden Niederlagen den juristischen Kleinrieg fortzusetzen beschließen werden. Wir meinen, daß es jetzt wichtigeres zu tun gibt.

Polen und Rußland

Polnische Friedenssabotage

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

Riga, 15. November.

Die Vorsitzenden der russisch-ukrainischen und polnischen Friedensdelegationen Joffe und Dombowski bestimmten in ihren Sitzungen vom 13. und 14. November, daß der Abzug der polnischen Heere vom nichtpolnischen Staatsterritorium, dort, wo das noch nicht geschehen, gemäß Artikel 6 des Waffenstillstandsvertrages unverzüglich und nicht später als am 12. November erfolgen wird.

In einer Zusammenkunft mit dem Vizepräsidenten der russisch-ukrainischen Delegation Wassiljewski bemerkte Joffe, daß die Verhandlungen seit einem Monat infolge Nichtertragens polnischer Sachverständiger unterbrochen sind, was im Widerspruch steht zum Artikel 15 des Präliminarvertrages. Dombowski hatte mitgeteilt, daß er am 2. November Warschau verlassen würde, ist aber bis jetzt noch nicht in Riga eingetroffen. Ferner betonte Joffe, daß an der Front eine anormale Lage sich herausgebildet habe. Trotz Artikel 6 des Waffenstillstandsvertrages ziehe Polen bis jetzt seine Truppen nicht an die Grenzen seines Landes zurück, die russisch-ukrainischen Truppen jedoch erfüllten die Bedingungen ganz genau. Diese Lage der Dinge wird von Joffe als Verletzung des Vertrages durch Polen betrachtet. Außerdem hätten nach Unterschreibung des Vertrages Trepow, Petljura und Balachowitsch von polnischer Seite die Grenzlinie überschritten und militärische Aktionen gegen die Russen und Ukrainer begonnen. Das sei eine grobe Verletzung der Artikel 7 und 10 des Waffenstillstandsvertrages, welche den Aufenthalt bewaffneter Kräfte in der neutralen Zone, sowie ein Ueberschreiten derselben ohne Erlaubnis der gemischten Militärkommission untersagten.

Gegenwärtig müßte die polnische Armee bereits auf die Linie 15 Kilometer östlich der Grenze des polnischen Staates zurückgezogen sein. Vertragsgemäß haben die russischen und ukrainischen Armeen das Recht, bis zu der ihnen zugewiesenen Linie vorzudringen und alle die Truppen, welche sich östlich dieser Linie befinden, als ihre Kriegsgefangenen zu betrachten. Die durch die Schuld Polens an der Front entstehende Lage zwingt Rußland und die Ukraine zu energischen Maßnahmen gegen die Weißgardisten in der neutralen Zone, was zu Zusammenstößen zwischen russischen und polnischen Truppen, welche sich in unmittelbarer Nachbarschaft der Weißgardisten befinden, führen kann.

Deshalb hält Joffe die Vereinbarung mit Wassiljewski für unerlässlich, damit die Maßregeln, die Rußland und die Ukraine zu ergreifen gezwungen werden, nicht zu schweren Folgen führen. Wassiljewski antwortete, daß die Hindernisse, welche einer Wiederaufnahme der Verhandlungsarbeiten im Wege ständen, nur technischer Natur seien. Dombowski bestimme sich bereits in Riga und werde morgen in Riga eintreffen. Polen erlasse die Bedingungen des Vertrages, die den Aufenthalt antibolschewistischer Truppen auf polnischem Gebiet untersagen, voll und ganz. Wassiljewski erklärte, daß die strittigen Fragen erst nach Ankunft Dombowskis erörtert werden können. Daraus erklärte Joffe, daß die Frage bezüglich der Armee Balachowitsch dringend sei und er erlaube Wassiljewski, nach Warschau zu berichten, daß Rußland und die Ukraine es als große Verletzung des Vertrages ansehen, daß Polen seine Truppen nicht zurückziehe, und daß nach Inkrafttreten des Vertrages weiße Truppen auf polnischem Gebiete nicht geduldet werden. Die russisch-ukrainische Delegation bittet, diese Maßregel nicht als feindliche Akte gegen Polen anzusehen.

Wassiljewski erklärte sich bereit, Joffes Erklärung der polnischen Regierung unverzüglich mitzuteilen.

Tschitscherin an die ungarische Terroristen-

Regierung

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

Budapest, 12. November.

Der Volkskommissar des Auswärtigen, Tschitscherin, hat folgende Note an die ungarische Regierung gerichtet:

Aus einer Mitteilung der Budapest Presse vom 6. November geht hervor, daß der Prozeß der Volkskommissare der ungarischen Sowjet-Republik sich seinem Ende nähert. Beunruhigt durch die Gefahr, welche ihnen, von dem ungarischen Volk auf ihre Posten gewählten und von der Ehrfurcht aller arbeitenden Massen der Welt getragenen Freunden droht, sieht sich die Sowjet-Regierung veranlaßt, zu erklären, daß das Schicksal von 10 als Geiseln verhafteten ungarischen hohen Offizieren, welche zu dem an diesem abschaulichen Verbrechen verantwortlichen Klassen gehören, vollkommen und ohne Einschränkung mit dem Schicksal der im Prozeß auf der Anklagebank stehenden Volkskommissare in Budapest verknüpft ist. Die russische Sowjet-Regierung betont, daß nach den ihr zugegangenen Mitteilungen die ungarische Regierung in letzter Zeit die terroristischen Zwangsmaßnahmen gegen ihre politischen Gegner verschärft hat. So wurde z. B. Ende Oktober der Vorsitzende des Lokomotiv-Maschinen-Verbandes Joseph Glakter, einzig deswegen zum Tode verurteilt, weil er 2000 Dollar zur Unterstützung der Familien der Opfer des politischen Terrors gebraucht hatte. Die ungarische Regierung sollte ebenfalls in Betracht ziehen, daß außer den obengenannten 10 Geiseln in den Konzentrationslagern Sowjet-Rußlands noch eine bedeutende Anzahl Offiziere sich befinden, deren Schicksal von den gegen die politischen Geiseln der ungarischen Regierung angewendeten Maßnahmen nicht unbeeinflusst bleiben kann.

Heimkehrer aus Ostafrika. Der Dampfer „Rigoma“ ist am 14. d. M. 3 Uhr nachmittags mit 305 Deutschen aus Ostafrika an Bord in Rotterdam eingetroffen. Der Zustand der Passagiere ist gut. Der Transport wird nach Wesel weitergeführt und dort aufgelöst.

Die Militärbediensteten in Frankreich. Wie dem „Echo de Paris“ mitgeteilt wird, beharrt Kriegsminister Pétain auf seinem Standpunkt, daß die Dienstzeit vorerst nicht länger als zwei Jahre sein könne. Nach seiner Ansicht könne, solange man am Rhein stehen müsse und andere auswärtige Verpflichtungen habe, die Dienstzeit nicht vermindert werden.



Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht



Sonnabend

den 20. November, 9 Uhr vormittags

Eröffnung unseres neuen Warenhauses

Reinickendorfer Str. 21 / Bankstr. 89
am Nettelbeckplatz

2 Min. vom Hof. Wedding

Straßenbahnverbindung:
Städtische Straßenbahn Hermanns-
platz—Birchow-Krankenhaus

Linie 3, 5, 8, 22, 23, 24, 25, 26,
28, 29, 31, 32, 34, 35, 36, 37, 38,
39, 42, 43, 44, 68, 97, 108

Theater und Vergnügungen

Volkstheater

Nach Damaskus, II. und III. Teil
Neues Volkstheater
Sprecher Str. 68
7 1/2 Uhr: Major Barbara

Proletarisches Theater

Mittwoch, den 17. November
nachmittags 3 1/2 Uhr:
Die Feinde v. Maxim Gorki.

Staatstheater.

Opernhaus
5 Uhr:
Die Frau ohne Schatten

Beck & Co.

7 Uhr: Peer Gynt
(Kaiser-Wannentanz)

Deutsches Theater

7 Uhr: Cabale und Liebe
Kammerspiele

Großes Schauspielhaus

8 Uhr: Jodemann
(H. Heilmann, H. Wenzel)

Römisches Theater

7 1/2 Uhr: Cabale und Liebe
(Orska, Steinrück)

Komödienhaus

7 1/2 Uhr: Die Gade mit dem
mit Max Pallenberg
(Johanna Dora v. G., Orskov,
Wagner, Pilsch, Hasdel, Stebb,
Ripert)

Berliner Theater

Samstag zum 1. Male:
Die spanische Nachtigall
(Fritz Hill, Hans Rahmann,
Julius Brandt, Emmy Sturm,
Elsa Engel)

Heidenz-Theater

(Mahnhof Jannowitzbrücke)
Untergrundbahn Hofstr.
Täglich: 7 1/2 Uhr

Die Freundin

Sonntag 11. Die Freundin

Stramon Theater

Bahnhof Friedrichstraße
Täglich 7 1/2 Uhr

Der Roman einer Frau

7 1/2 Uhr: Myrra
Walhalla-Theater
Tägl. 7 1/2, Eig. 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr:
Je toller, je besser!

Lessing-Theater

Direkt.: Victor Barnowsky
7 1/2 Uhr: Flamme
(Gorch, Grünig, Klein-Kopp,
Wedel)
Mittwoch 7 Uhr: Peer Gynt
Donnerstag bis Montag 7 1/2 u. 11
Flamme

Deutsch. Künstler-Theater

7 1/2 Uhr: Die Scheidungsstelle
(Max Adalbert, Trudo Neuberger)
Mittwoch 7 1/2
Gespenster
(Cassen, Haas, Goh, Ross)
Donnerstag bis Montag 7 1/2 u. 11
Scheidungsstelle

Rose-Theater

7 1/2 Uhr:
Kater Lampe

Neues Operettenhaus

Direktion Jean Kern
7 Uhr:
Die Csikósbaronesse

Ed. am Hollendorfpark

7 Uhr: Wenn Liebe erwacht...
Sonnt. nachm. Der Jüngling

Casino-Theater

7 1/2 Uhr:
Der Wehtritt einer Frau
Volkstuch in 4 Akten

Theater am Moritzpark

Tel. Moritzplatz 14814
Tägl. 7 1/2 u. Sonntag
nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger

Heute neues Programm!

Herrnverr. Solist!
Zum Schluss der lustige Einakter:
„Ein Absoluter I. Wilwovrald“
Vorverkauf: 11-11 1/2 u. 4-6 Uhr.

Apollon-Theater

Friedrichstr. 218
7 1/2 abends 7 1/2
Harems-Nächte
Sonntags 3 1/2 u. 11 Min. fest.

Römisches Theater

Alexanderstr. 21 Hof. Jannowitzbr.
Täglich 7.30 Uhr:
Gala-Sänger

METROPOL

Alexanderstr. 21 Hof. Jannowitzbr.
Täglich 7.30 Uhr:
12 Attraktionen

Central-Theater

Alte Jakobstrasse 30-32 gegenüber der Reichsdruckerei

„Wenn im schwarzen Wald die Finken schlagen“
dieser Schlager hören Sie abendlich im Central-Theater
im 2. Teil des „Schwarzwaldbühel“!

Frau Bärbel

Aufang 7 1/2 Uhr. Operette in 3 Akten von Josef Sings „Aufang 7 1/2 Uhr.“

Ausschneiden!

Besondere Vergünstigung für die Abonnenten der „Freiheit“.
Gültig nur an Wochentagen für 1-6 Personen!

Preise der Plätze einschließlich Zustuhreisesteuer:
Orchester-Sessel M. 11, Parkett-Sessel M. 10, Parkett M. 8

Vorverkauf täglich von 10⁰⁰ - 2 Uhr und von 6 Uhr ab.
Wegen des großen Andranges an der Abendkasse empfiehlt es sich,
die Plätze schon im Vorverkauf an der Tageskasse zu nehmen.

Concordia-Palast-Theater

64 Andreasstraße 64
9 Uhr:
Das Drama v. Giosom
7 Uhr:
Der Henker v. St. Martin
8 Uhr: Auf der Bühne:
E. u. G. Hansen, Carl de Goo,
Eena Hansen, Otto u. Helma

Zigaretten!

Englische Marken von M. 350 an
Deutsche Marken von M. 150 an
Eigene Zigarettenfabrik
dabei Zigarr. billiger wie überall

Hanewacker, Stumpen, Zigarillos

Neudöln, Bergstr. 52/53
Ecke Jannowitzstr.

Berlin, Mühlstraße 2

Alte Gebisse,

auch einzelne Zähne, Platin,
Gold- und Silberdruck
kaufen wie bekannt höchstbillig

Herstein,

Blumenstr. 87, Königl. 870.

Der neue Ulster
Der moderne Anzug
M. SCHULMEISTER
Bresdener Str. 4 BERLIN SO Kottbusser Tor

MOBELKREDIT
FRIEDEBERG
BÜLOWSTR. 24
AM HOCH-
BAHNHOF

Aerztlich geleitete, modern eingerichtete Heilanstalt für ambulator. Behandlung

Modernes, erprob. Heilverfahren: Naturheilverfahren, Elektro- und Lichtheilmethoden, die

wissenschaftlich anerkannte und glänzend bewährte „Künstliche Höhensonnen“-Behandlung

Röntgen-Behandlung und -Untersuchung, Wasserheilverfahren Pflanzen- und Kräuterkuren und Bäder, Sauerstoffkuren, homöopathische und mechano-therapeutische Behandlung. — Nachweisbar gute und dauernde Heilerfolge bei sämtlichen Krankheiten, inneren u. äußeren, speziell chronischen, z. B. Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Darm-, Leberleiden; Nervenschwäche, nervösen Kopfschmerzen, allgemeiner Nervosität, allgemeiner nervöser Abspannung, Ischias, Gicht, Rheumatismus; sämtlichen Ausschlägen, Flechten, Wunden; Lähmungen, sowie Kinderlähmung, Stoffwechselkrankheiten, Zuckerkrankheit usw.

Freiwillige briefliche und mündliche Anerkennungen, früher behandelter und gehellter Patienten, die angaben, vor der Behandlung in unserer Anstalt anderweitig ohne Erfolg behandelt worden zu sein: 1. Frau Wwe. Fritschler, Berlin, Marienburger Strasse 48. Darmgeschwulst geheilt. — 2. Frau des Herrn Inspektors O. Heinrich, Berlin-Friedrichsfelde, Magerviehhof. Von Gebärmutterknackung geheilt. 3. Herr Erich Bock, Berlin, Havelberger Straße 15. Von Nieren- und Blasenleiden, Wassersucht, allgemeiner Schwäche geheilt. — 4. Frau Restaur. Hering, Berlin, Schönhauser Allee 87. Von Basedowscher Krankheit geheilt. — 5. Herr A. Brose, Berlin-Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Strasse 14. Schweres Rückenmarkleiden mit Lähmung der Beine vollständig geheilt. — 6. Frau E. Popp, Bin.-Lichtenberg, Gärtnerstr. 10. Von chron. Frauenleiden, Herzschwäche und Verstopfung geheilt. — 7. Herr A. Schlabitz, Berlin, Caprivistraße 24. Von Gesichtslupus geheilt; vorher mit Radium erfolglos behandelt. — 8. Herr A. Hellwig, Bin.-Borsigwalde, Ernststraße 25. Von Magen- und Darmgeschwulst geheilt. — 9. Herr Milchhändler Eckert, Berlin, Greifenhagener Straße 26. Von gichtisch-rheumatischen Schmerzen in Bein und Fußgelenk geheilt. — 10. Herr Gastwirt C. Michaelis, Charlottenburg, Wallstraße 87. — Von chronischem Leberleiden und Gelbsucht geheilt. — 11. Frau M. Knorr, Bin.-Lichtenberg, Scharnweberstr. 62. Von Herzschwäche, Leberanschwellung und Magenkrebs geheilt. — 12. Sohn Paul des Weichenstellers Herrn Wilhelm Häfner, Berlin-Westend, Beamtenhaus. Von schwerem Beinleiden geheilt. Bein sollte abgenommen werden.

Briefliche Original-Anerkennungen von uns geheilter Patienten stehen im Wartezimmer der Anstalt auf Wunsch zur Einsicht.

Sprech- u. Behandlungszeit: 9-1, 4-7 1/2, Sonn- u. Feiertags 9-1. Heilanstaltsbesitzer

Professor P. Mistelsky

Arzt approbiert im Ausland
Berlin SO 16, Brückenstrasse 10b
am Bahnhof Jannowitzbrücke

Keine briefliche Behandlung, nur nach genauer Untersuchung in der Heilanstalt
30 jährige Praxis

Briefmarken, Münzen

kauft Grossmann, Johannisstr. 4
Kordon 10 621.

Alte Gebisse, KUPFER

auch einzelne Zähne St. 6-200 M.
Platin, Gold-, Silberdruck u. Quecksilber kauft zu Tagespreisen
SCHARF, Elsasser Str. 78, Lehrb. Berlin.

Möbel

reguliert u. Teilschleift
Gehobene Preise
Wahlstr. 10-12
Landwehr,
Mühlstr. 7 (Wendland)

Dauerhafte reparatur
Heidenbergstr. 7.

MANOLI Diva DIE BESTE FÜR 40,-

Die Gefahren, die der Republik drohen, die wir täglich aufgedeckt haben, deren Bekämpfung unsere besondere Aufgabe ist, sie sind noch nicht vorüber. In der Orgele haben sich alle konterrevolutionären Elemente, alle jene militärischen Geheim- und Nebenorganisationen, die nach dem Abkommen von Spaa aufgelöst werden mußten, neu gesammelt. Die Republik steht heute, acht Monate nach dem Kapp-Putsch, vor einer gleich großen Gefahr, und diese Gefahr wächst von Stunde zu Stunde, wächst in dem Maße, wie die Orgele und die mit ihr verbündeten rechtsstehenden Parteien an Macht und Einfluß gewinnen. Wir haben diese Gefahr nicht erst seit heute, sondern schon seit Monaten erkannt. In den Spalten der „Freiheit“ konnte die Öffentlichkeit, konnte die Regierung alles Material finden, was zum Verbot der Orgele genügt hätte. Trotzdem sind Gegenmaßnahmen noch nicht ergriffen worden. Ungehört verhallen unsere Warnungen, bis vielleicht wieder der Tag kommt, wo es zu spät sein wird, Abwehrmaßnahmen zu ergreifen.

Der Kampf gegen den Militarismus hat uns viel Feinde eingetragen, wir sind das bestgehasste Blatt der Reaktion geworden. Aber dieser Haß und diese Feindschaft von rechts, sie machen uns alle Ehre. Sie zeigen uns, daß wir einen guten Weg eingeschlagen haben und wir werden diesen Weg forschen, zum Schaden der Reaktion und zum Ruhm der deutschen Arbeiterklasse.

Arbeiterpresse und Spießerpresse!

Zu den mächtigsten Waffen der Bourgeoisie gehört die Presse. Verbreitet über die ganze Welt, in innigsten Kontakt mit allen imperialistischen Organisationen und Ideologen, gestützt durch die Milliardengewinne des Kapitals, ist sie seit langem eine Macht, die Kriege entfesselt, Völker verfehrt, menschliche Existenzen ruiniert, ganz wie es die hinter ihr stehenden kapitalistischen Herrscher brauchen. Wie sehr sich die Presse ihrer Macht bewußt ist, beweist die folgende Anekdote.

Während des Weltkrieges hielt der deutsche Gesandte in Sofia, der Graf Oberdorff, einmal zum Lobe der Presse eine Rede, in der er unter anderem sagte, daß der ganze herrliche Krieg und Deutschlands Kriegführung ohne die Presse undenkbar gewesen wäre. Sehr richtig! tiefen seine journalistischen Zuhörer und Gäste begeistert dazwischen. Sehr richtig! wiederholten auch wir. Ohne die bürgerliche Presse aller Länder wäre das größte Verbrechen aller Zeiten nicht möglich gewesen. Ohne eine starke, über die ganze Erde verbreitete sozialistische Presse, die im innigsten Kontakt mit allen sozialistischen Organen und Ideen für die Interessen des Proletariats kämpft, wird es niemals möglich sein, die Bourgeoisie zu überwinden, imperialistische Verbrechen zu verhindern, den Sozialismus zum Siege zu führen.

Der sozialistischen Presse ist es nicht schwer gefallen, der unverhältniß imperialistischen Presse die proletarischen Leser abzugewinnen. Die Massen, die einmal von unseren Ideen gehört haben, die Massen, die durch Krieg, Not, niedergeschlagene Gewerkschaftsstriks über das Wesen der „bürgerlichen Ordnung“ aufgeklärt worden sind, sie werden das reaktionäre oder schamhafte Hehler, das sie gelesen noch gelesen haben, morgen in die Ecke werfen und Leser der sozialistischen Presse werden. Die reaktionäre-schamhafte Presse haben wir also, so kräftig wir sie auch politisch zu bekämpfen haben, nicht so zu fürchten. Gefährlicher sind die Blätter, die die sogenannten Volksinteressen zu schlingen vorgeben, in Wahrheit aber die Geschäfte des Kapitalismus besorgen. Diese Presse ist der versteckte Feind des Proletariats. Er ist der gefährlichere.

Wer trägt heute mehr zur Verdummung und zur Verführung der Massen bei, als diese sogenannte parteilose Presse, das Blatt des armen Mannes, des Handwerkers, des Mittelstands, die von raffinierten Kapitalisten geschaffen worden ist, um die Massen einzulullen, um sie zu umschmeicheln, ihnen Sand in die Augen zu streuen, damit sie nur ja nicht ihren wahren Feind, den Kapitalisten, klaren Auges erkennen können, damit sie nur ja bei Streiks, direkten Aktionen, Wahlen, dem kämpfenden Proletariat wirkungslos in den Rücken fallen können.

So wie der Kapitalismus mit Branntwein, Oplum und Biblesprächen die Kolonialländer heimlicht und zur Degeneration bringt, so tut bei uns die parteilose, schwindlerische Presse ihre Möglichstes, geistige, politische Aufklärung zu verhindern. Wenn sie auch in manchen Fällen als Geschäftsfaktoren zur sozialistischen Presse geschaffen worden ist, so ist sie doch in erster Linie dazu da, dem Kapital willige Streikbrecher, nationalstaatliche Streikhelden und Feinde des Sozialismus zu erzeugen.

Wie geberdet sich diese Volkspresse, um das Vertrauen der Masse zu gewinnen? Zunächst spielt sie sich als „Volk“ auf. Sie redet die Sprache der Straße, sie spricht oft im Dialekt, um ihren Lesern recht vertraut zu kommen. Alles steht sie daran, um als Blut vom Blute des Volkes zu erscheinen. Sie studiert die Insinuation der Massen, ihre Launen, ihre guten und schlechten Gewohnheiten, ihre Kleinbürgerlichen Vorurteile, um ihnen nur ja das zu bieten, was sie erwarten, was sozusagen „alle“ interessiert, — denn „alle“ sollen ja Leser dieser Presse sein.

Mit den Millionen des Kapitals ausgestattet, hat diese Presse es leicht, billiger und mannigfaltiger als die Arbeiterpresse zu sein. Berichterhalter in allen Städten, bürgerliche Geschäftsleute, Zeichner, Plauderer, Humoristen, werden als Goldschreiber zusammengeloppelt, um die Zeitung effektiv und volkstümlich zu gestalten. Die Massen erziehen? Was geht das dieses Volksblatt an? Sie verliert wohl durch ein kleines journalistisches Merkmal die Bildungsneugier des Kleinbürgers zu befriedigen, aber die eigentliche Wissenschaft und Wahrheit der Volksmassen, die Klarheit über ihre Klassenlage, über die Bewegungsgesetze des Kapitalismus, die Erziehung des Arbeiters zum Klassenkämpfer: das wird nicht nur verschwiegen, sondern auch noch verleumdet. Der Sozialismus wird zu einer Erfindung von Hebern gemacht, vor denen der gute Mann aus dem Volke bewahrt werden muß.

Dafür bietet ihm nun die Volkspresse allerdings anderes. Klatsch, Spannung, Patriotismus. Ueber die Wirtschaftslage des Proletariats und die Riesenschiffe des Kapitalismus darf der Leser nichts erfahren. Serviert werden ihm dagegen Artikel über die neue Damenmode in Amerika, den Kommunistenball in der Prenzlauer Allee, ein Ständchen beim Sieger von Solmsice, E. Scherich als Familienvater und zweimal die Woche „Der Württemberger als Millionär“ und was sonst noch in der deutschen Republik kurz vor der Heimkehr der Hohenzollern passiert.

Die parteilose Presse, die die Reugler der Massen, vor allem der Frauen befriedigt, tut manchmal auch so, als ob sie die Volksinteressen vertreten würde. Sie macht sich zum Echo der kleinen und großen Beschwerden, indem sie nicht nur über die schlecht funktionierende Wasserleitung, sondern auch über hohe Lebensmittelpreise räsoniert. In Wahrheit macht sie sich damit nur zum Sprachrohr des Spießers, sie steigert seinen Unwillen

durch ihre „Kritik“ an öffentlichen Dingen, aber sie lenkt zugleich diesen Unwillen dahin, wohin es ihr paßt, nicht gegen die wahren Ursachen des kleinen und großen Übels, sondern gegen die Feinde, die der Kapitalismus augenblicklich zu Hasen bezieht. Vor dem Krieg waren es die Engländer, nach dem Krieg sind es die Franzosen und die Hauptschuld am ganzen trägt natürlich immer die Revolution mit dem Dolch im Gewande.

Wenn heute die Reaktion so stark ist, so ist das nicht zuletzt der großen Macht aller dieser parteilosen „Volks“blätter der Mittelstände und der unaufgeklärten Arbeiterklasse zu verdanken. Dieser Presse muß die sozialistische zur Bekämpfung entgegengetreten werden. Der wohlwollende „Volksfreund“ muß als tüchtlicher Volksfeind entlarvt und ihm das Kanonen- und Fabrikfutter entzogen werden, das er züchtet, damit der Kapitalismus leben, morden und Geld verdienen kann.

An alle Arbeiter geht daher die Parole: **R e h m t d e n K a m p f**



Die Lügenpresse

Ich bin die Welt des Abonnenten.
Eine andre gibt es nicht.
Ich mach' aus ungelegten Eiern Enten.
Ich bin das Weltgericht.
Ich heiz' Bösenrath und Spatzelsternpuste
und bin noch lange nicht so dumm
wie mein liebes Publikum — !

mit der Kleinbürgerlichen Spießerpresse auf, läßt eure Kameraden darüber auf, daß diese Presse ihre ganze Macht und ihre gespielte Volksfreundlichkeit nur dazu benützt, um schwerste Sabotage an allen proletarischen Interessen zu treiben. Laßt euch nicht verführen, unterstützt die Arbeiterpresse, damit auch sie nach und nach infaust gefest wird, es in jeder Beziehung mit der kapitalistischen Presse anzunehmen. Hütet euch vor der Parteilosigkeit aller dieser Zeitungen, auch der illustrierten. Wenn die Stunde des Kampfes kommt und Partei ergriffen werden muß, Neutralität nicht mehr möglich ist, dann wird diese ganze Presse gegen euch sein. Die imperialistische Presse ist unser tödlicher Feind, der unsere Vernichtung fordert. Die parteilose Presse ist aber ein schleichendes Gift, das der Sache des Sozialismus bereits den größten Schaden zugefügt hat. Darum noch einmal: Die Unterstützung der nichtsozialistischen Presse kommt einem Verrat an Sozialismus vollkommen gleich. Heraus mit der arbeitereindlichen Presse jeder Art aus euren Wohnungen! Werdet alle Leser unserer Presse und dadurch Mittkämpfer zur Befreiung der Menschheit.

Milchkühe und Milchnot

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat in einer Denkschrift, die die Zustimmung der preussischen Staatsregierung gefunden hat, die Forderung erhoben, daß der Entente mit größtem Nachdruck klar gemacht werde, daß die Erfüllung der Ablieferung von 800 000 Stück Milchvieh auf einmal oder in mehreren Jahren unmöglich ist.

Die Denkschrift läßt sich ersichtlicherweise von den nationalistischen Tönen leiten, die in der letzten Zeit bei Erörterung dieser Frage in der Presse geherrscht haben und sie liefert erschreckendes Material über den schlechten Gesundheitszustand unserer Bevölkerung, insbesondere der großen gesundheitlichen Schädigungen, die unsere Kinder infolge des Milchmangels erleiden.

Aber diese Denkschrift ist trotzdem so einseitig, wie alles das, was bisher von nationalistischer Seite zu dieser Frage geschrieben und gesprochen wurde. Liegen denn die Dinge wirklich so, daß das drohende Verlangen der Entente, die einzige Gefahr ist für die Schädigung der Gesundheit unserer Bevölkerung? Haben wir nicht vielmehr dauernd gelitten und leiden wir nicht auch gegenwärtig durch die ungenügende Erfüllung der Ablieferungsverpflichtungen unserer eigenen heimischen Landwirtschaft? Werden nicht täglich hunderttausende von Alter Milch anstatt in die Städte zu den unternehmenden Kindern gebracht, zu Butter verarbeitet, die im Schmelzhandel an die zahlungskräftige Bevölkerung vertrieben wird? Bekommen nicht die Reichen zu hohen Preisen so viel Milch wie sie haben wollen, während die ärmeren Bevölkerung nicht einmal die Meuzen kaufen kann, die ihr zuteil werden?

Wer hat bisher gegen diese unerhörten Zustände irgend etwas gesagt? Diejenigen, die jetzt protestieren, haben diesem Verbrechen an unserer Bevölkerung tatenlos zugehört, oder gar, wie die Kerle durch Bekämpfung der Verhältnisse oder die Agrarier durch Zurückhaltung ihrer Erzeugnisse es gefördert. Sie haben deshalb kein Recht, gegen dieses Verlangen der Entente zu protestieren.

Ziel dieser Forderung der Entente auf Ablieferung der Milchkuhe handelt es sich — und das muß Deutschland anerkennen — um eine Widerstandsmaßnahme, die freiwillig eingegangen worden ist und auch eingehalten werden muß. Nur solche Verbindungen können dazu führen, daß die Höhe der Forderung geprüft und eventuelle Bedingungen für die Ablieferung der Milchkuhe gefunden werden. Das Geschrei der Kerle und der

anderen Nationalisten kann dabei nur von nachteiliger Wirkung sein, weil die Entente dadurch immer wieder an das Vorgehen der Deutschen in den besetzten Gebieten erinnert und in ihrer unverföhnlichen Haltung bestärkt wird.

Wirtschaftsdebatte im Haushaltsauschuß

Der Hauptausschuß des Reichstages leitete am Montag die Generaldebatte über den Haushaltsplan für das Wirtschaftsministerium fort. Zunächst gab der Minister Scholz das Ergebnis der vorläufigen Untersuchung zu der Beschuldigung des Abgeordneten Kerthoff gegen den Staatssekretär Hirsch bekannt. Der Abgeordnete Kerthoff hatte seinen Vorwurf bezüglich des Staatssekretärs Hirsch aufrecht. Dieser aber sowie der Ministerialdirektor von Buttlar bestritten entschieden, daß von dem Versprechen persönlicher Vorteile die Rede gewesen sei. Kerthoff hatte in dieser Besprechung sich ferner bereit erklärt, seinen allgemeinen Vorwurf, es herrsche im Wirtschaftsministerium Korruption der Gattung, in der nächsten Sitzung des Haushaltsauschusses zu erläutern. Trotzdem mußte er dazu erst durch das entschlossene Auftreten der sozialdemokratischen Abgeordneten gezwungen werden, da er anheimelnd damit rechnete, daß ein von den linksgerichteten Parteien gestellter Antrag, die Erörterung der ganzen Angelegenheit zu vertagen, bis das von dem Staatssekretär Hirsch gegen sich selbst beantragte Disziplinarverfahren durchgeführt ist, ihm den Ausweg aus der heiklen Situation erleichtern würde. Die Auslegung der Beratung bis zur Beendigung des Disziplinarverfahrens wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen beschlossen.

In der Fortsetzung der Generaldebatte kam dann zuerst Abgeordneter Herz zu Wort: Der Zwischenfall Kerthoff-Hirsch sei das Ergebnis des Kampfes um die Beseitigung der Ausfuhrabgabe durch die der Versuch gemacht worden sei, die hohen Valutagewinne wenigstens zum Teil für die Allgemeinheit nutzbar zu machen. Das Vorgehen des Abgeordneten Kerthoff sei die unzulässige Ausübung eines parlamentarischen Mandats, der Versuch auf Hintertreppchenwegen einen Beschluß der gesetzgebenden Körperschaft zu beseitigen. Der Staatssekretär Hirsch mußte sich deshalb ausschließlich von dem Beschluß des volkswirtschaftlichen Ausschusses leiten lassen. Die Großindustrie versuche aber trotz der Steuers ihrer Valutagewinne die Ausfuhrabgabe von hinten zu erlöchen.

Die Absicht des Ministers auf Einführung einer Arbeitsdienstpflicht werden den härtesten Widerstand der Arbeiterklasse finden. Das bulgarische Beispiel beweise gar nichts. Bulgarien ist ein agrarisches Land, mit einer geringen Zahl von qualifizierten Arbeitern. Es sei aber gefährlich, die große Zahl der qualifizierten Arbeiter Deutschlands zu zwingen, dazu die sie ihre berufliche Eignung einbüßen. Das Problem bei uns ist nicht Mangel an Arbeitskräften, sondern Mangel an Arbeitsplätzen. Das Wirtschaftsministerium in einer Zeit der großen Arbeitslosigkeit seine Aufgabe in der Vorbereitung eines Zwangsarbeitsgesetzes erblickt, so brauche man sich nicht zu wundern, daß in der Beschaffung von Arbeit nichts geschieht. Die Wiederbelebung des Wirtschaftslebens schreie an dem Widerstand kapitalistischer Kreise. Der Grundlag, daß die Einfuhr nur durch den Staat erfolgen solle, sei richtig, werde aber jetzt nicht beachtet, insbesondere im Ernährungsministerium nicht. Die Erzeugung im Braunkohlengebiet steige jetzt nicht mehr, hier scheinen kapitalistische Widerstände gegen die Erhöhung der Produktion wirksam zu sein. Die überaus geringe Bauaktivität im Ruhrgebiet sei die härteste Anlage gegen die Bergwerkbeseitiger. Im Ruhrgebiet werde nicht gebaut, weil dort die Häuser nicht den Zeichen der Allgemeinheit gehören sollen. Dadurch würde sowohl die Steigerung der Erzeugung im Bergbau als auch die Wiederbelebung des Wirtschaftslebens verhindert. Die private Bauaktivität müsse ausgeschaltet werden. Schon die Tatsache, daß die Bauaktivität ein Anzeichen eingereicht habe, habe in Stettin gegen die übrigen Bewerber einen solchen Druck auszuüben, daß ohne weiteres mit ihren Besellen um 25 Prozent zurückgegangen. Wenn der Minister erkläre, eine selbständige Reichswirtschaftsbank sei nie geplant gewesen, so bestätigte er damit, daß er den vernünftigen Gedanken gehabt habe, die Riesengewinne der Banken auszuschalten.

In der weiteren Debatte beschwerte sich der Volkspartei-Mitglied Heilig über die Stilllegungsvorordnung, bei der der Reichstag übergegangen worden sei und polemisierte gegen den Abgeordneten Hoch, der ihm in der letzten Sitzung den Vorwurf der verbrecherischen Politik wegen seines Eintritts für den freien Handel gemacht habe. Der deutsch-nationale Parlamentarier Kerthoff wandte sich scharf gegen die Vorwürfe des Abgeordneten Heilig, er kenne aber nicht aus der Welt schaffen, daß sein Vorgehen geleitet war von der Absicht der hinterhältigen Beseitigung des Ausschusses des volkswirtschaftlichen Ausschusses.

Diesen Sachverhalt mußte selbst der Minister Scholz bestätigen. Er betonte ferner gegenüber den Angriffen von Herz, daß Braunkohlenerzeugung bis zum September geliegen sei. Gemollt aber bestätigte er die Anlage gegen die Zeichenbeseitiger im Ruhrgebiet wegen des Unterlassens des Baus von Bergarbeiterwohnungen, denn die von ihm angeführte Tatsache, daß in Stettin geschlossen, wo der Bau der Wohnungen in Händen der Unternehmenseigenen, bereits 2100 Wohnungen gebaut worden seien, im Braunkohlengbiet aber, wo die Wohnungen nicht den Zeichen, sondern der Allgemeinheit gehören, nur 2 bis 300, zeigt ja, daß die Stilllegung des Eigentumsrechts an den neuen Wohnungen die Kleinindustriellen veranlaßt, überhaupt nicht zu bauen. Den Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht bezeichnete er als einen Kampf gegen Windmühlen. Er mußte aber erleben, daß ein Hinweis auf die Arbeitsdienstpflicht sei doch ein sozialistischer und ein demokratischer Gedanke, bei den Sozialdemokraten große Heiterkeit weckte. Seine Erwiderung aber schaffte im übrigen keine Klarheit über die mit der Arbeitsdienstpflicht verbundenen Absichten. In Übereinstimmung mit den reaktionären Parteien und Unternehmern machte er sich die Klagen über zu geringe Beileistung in eigen und bezeichnete als den entscheidenden Grund bei der Arbeitsdienstpflicht die Beseitigung des Mangels an menschlicher Leistung. Ein Zwangsgebot also zur Hebung der Leistung sei die Absicht des Ministers. Daß ein Zwangsgebot die gewünschte Wirkung erreichen kann, das begreift er nicht.

Die Generaldebatte wurde am Dienstag beendet.

Gegen Betriebs-Stilllegungen

Die bereits angekündigte Verordnung, betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebs-Abbrüchen und Stilllegungen ist nunmehr vom Reichswirtschaftsministerium und Reichsarbeitsministerium fertiggestellt und wird in den nächsten Tagen im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Diese Betriebs-Stilllegungen sind eine Maßnahme für diejenigen Betriebe vor, die stillgelegt oder abgebrochen werden sollen und verfügt eine Sperre ist. Innerhalb deren durch die Demobilisierungsbehörde Maßnahmen zur Anwendung gebracht werden können, um volkswirtschaftlich notwendige Produktionsleistungen zu vermeiden. Die Ausführungsanweisungen in bezug auf Stellung genommen, daß die Verordnung auch auf volkswirtschaftlich notwendige Stilllegungen und Abbrüche angewendet wird. Der Reichswirtschaftsminister hat die Verordnung einstimmig genehmigt.

Auch diese Verfügung läßt den Unternehmern genügend Möglichkeiten offen, um Betriebsstilllegungen durchzuführen nach der Methode, die z. B. von den Daimlerwerken in Unterfranken beim in Anwendung gebracht worden ist. Dabei die einstimmige Zustimmung im Reichswirtschaftsrat. Unserer Ansicht nach werden die Arbeitervertreter der von Herrn von Steiner gegebenen Fassung nicht zustimmen. Die Gefahr, daß die Stilllegung zu einem Eingreifen der Behörden in Streikbewegungen benützt werden könnte, hätte in anderer Form abgewehrt werden müssen.

Für die Sozialisierung — gegen die Arbeitsgemeinschaften

Vorstände-Konferenz des Afa-Bundes.

Am 6. und 7. November tagten die Gesamtvorstände aller an die Afa angeschlossenen Verbände in Berlin im Festsaal des früheren Herrenhauses, um in mehrstündigen eingehenden Beratungen die Richtlinien für die künftige Reorganisation des freigewerkschaftlichen Kartells festzulegen. Auf Grund der für das Afa-Programm und die Lösung gefassten Beschlüsse wird eine Sachkommission in kürzester Frist eine Vorlage ausarbeiten, deren endgültige Sanftionierung auf einem für das Frühjahr 1921 vorgesehenen Afa-Gewerkschaftstongreß erfolgen soll.

Der Internationale Gewerkschaftsbund (Amsterdam) war auf der Vorstände-Konferenz durch seinen Sekretär Kimmens aus Holland vertreten, der in einer Ansprache das Bekenntnis der Afa zum I. G. B. freudig begrüßte. Er zeichnete in kurzen Zügen den künftigen erweiterten Aufgabenkreis der freien Gewerkschaften und stellte den baldigen organisatorischen Anschluß der Afa an den Internationalen Gewerkschaftstongreß in Aussicht.

Mit Rücksicht auf den engeren Zusammenschluß der Afa-Verbände, wie er nunmehr bevorsteht, hat die Vorstände-Konferenz beschlossen, den bisherigen Namen „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände“ abzuändern in: „Allgemeiner freier Angestelltenbund (Afa-Bund)“.

Die Konferenz nahm ferner Stellung zur Frage der Arbeitsgemeinschaft (Zentral-Arbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands). Nach eingehender Aussprache wurde nachstehende Entschließung gefaßt:

Die Vorstände-Konferenz der Afa erklärt sich nach wie vor bereit, im Interesse der Allgemeinheit an dem Wiederaufbau der Wirtschaft mitzuwirken. Die zur besseren Durchführung der Demobilisierungsmahnahmen geschaffenen Arbeitsgemeinschaften haben durch ihre bisherige Tätigkeit bewiesen, daß sie nicht imstande sind, die Regelung der Wirtschaft im Interesse des gesamten Volkes durchzuführen. Die Arbeitsgemeinschaften haben nicht vermocht, Unternehmer von willkürlicher Stilllegung volkswirtschaftlich notwendiger Betriebe abzuhalten. Ebenso hat sich gezeigt, daß trotz der Arbeitsgemeinschaft die Betriebsdemokratie, die gleichberechtigte Mitbestimmung der Angestellten- und Arbeiterräte in den Betrieben, mit allen Mitteln von den Arbeitgebern bekämpft werden. Auch nur zu einer Milderung der Arbeitskämpfe haben die Arbeitsgemeinschaften nichts beitragen können, selbst Schiedsprüche sind fast ausnahmslos von den Arbeitgebern nicht anerkannt worden. Es hat sich bestätigt, daß mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaften die Umwandlung der privatkapitalistischen Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft nicht zu erreichen ist.

Die Vorstände-Konferenz beauftragt deshalb den Vorstand der Afa, unverzüglich mit dem I. G. B. in Verbindung zu treten, um den gemeinsamen Austritt aus den Arbeitsgemeinschaften zu bewirken.

Zu dem weiteren Punkt der Tagesordnung „Sozialisierung des Bergbaues“ gelangte die Konferenz zu folgender Stellungnahme:

„Die Vorstände-Konferenz der Afa erblickt die Ursachen des wachsenden Elends der arbeitenden Bevölkerung im kapitalistischen Wirtschaftssystem und im Friedensvertrag von Versailles. Alle Versuche, den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft unter Aufrechterhaltung der privatkapitalistischen Eigentumsrechte vorzunehmen, müssen von der freigewerkschaftlich denkenden Angestellten-Gast mit aller Entschiedenheit bekämpft werden. Die Konferenz ruft vielmehr die Arbeiter und Angestellten auf, ihre ganze organisatorische Macht für die Verwirklichung des Sozialismus einzusetzen.“

In diesem Bestreben haben sich die freien Gewerkschaften in den kommenden Wochen und Monaten vor allem auf den Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues zu konzentrieren. Die Vorstände der Afa-Organisationen stellen sich auf den Boden des Vorstages I der Sozialisierungskommission und erheben schärfsten Protest gegen die vom organisierten Unternehmertum eingeleiteten Versuche, den Sozialisierungsgedanken im privatkapitalistischen Sinne umzuwidmen. Diese offensichtlich jen Verhinderungsvorläufe der Sozialisierung im Bergbau zwingen die freien Gewerkschaften, unverzüglich die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, um die Ueberführung der Kohle in den Besitz der Allgemeinheit mit allen gewerkschaftlichen Mitteln herbeizuführen.“

Ein unglaublicher Vorfall

Die Reichsbekleidungsstelle hilft Schiebern

Wir erhalten Kenntnis von folgendem kaum glaublichen Verhalten der Reichsbekleidungsstelle:

Die Reichsbekleidungsstelle hat vor kurzem 30 000 Kilogramm alte, gestülpte, aber gewaschene ungebügelte Anzüge, 10 000 Stück, an einen privaten Händler verkauft. Das Kilogramm kostet 13 M., so daß ein solcher Anzug auf 39 M. zu stehen kam. Der Händler versuchte, diese 10 000 Anzüge nach Polen zu verkaufen. Die Reichsbekleidungsstelle hatte bereits dafür gesorgt, daß er die Ausfuhrbewilligung in Händen hatte. Erst durch eine andere Stelle wurde die Aufmerksamkeit auf dieses Gebahren hingelenkt und es wurde die Ausfuhr nach Polen, aber aus anderen Gründen, verhindert.

Die Reichsbekleidungsstelle sagt zu ihrer Entschuldigung, daß sie die Anzüge angeboten habe, sie wären ihr aber von keiner Seite abgenommen worden.

Es wäre nun wünschenswert, zu erfahren, an wen sie die Anzüge ausgeboten hat. Der Kostenvorsorgungsstelle ist davon nichts bekannt, obwohl dieselbe die allein zuständige Stelle dafür war. Es ist geradezu ein Skandal, daß in einer Zeit, wo es für tausende an Bekleidung aller Art mangelte, in einer derartigen Weise noch brauchbare Kleidungsstücke verschoben werden, und zwar von einer Reichsstelle. Es ist ferner noch zu beachten, daß diese Anzüge, wenn sie wirklich nicht mehr getragen werden konnten, ein gutes Kell- und Spinnmaterial darstellte, welches wir unter allen Umständen im Lande behalten müssen.

Auschnelden!

Kaufershalb Groß-Verlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Untereichnete bestellt hiermit vom

1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung

„Freiheit“

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

zum Preise von M. 10 monatl. bei freier Zustellung ins Haus

Name:

Ort:

(Raum deutlich schreiben, Briefe genau anstellen: nam., Adr., Quart.)

Dieser Bestellchein bitten wir an die Hauptexpedition, Berlin S 2, Breite Straße 89, einzuliefern.

Stiefelkönig

Friedrichstr. 131^c an der Karlstr.

Der gute **Rindbox**-Winter-Strapazier-Stiefel

Kinder 79⁵⁰ Mädchen 89⁵⁰ Damen 139⁵⁰

27-30 31-35

Eine Musterbücherei für die Ehe

So unerfahren wie früher geht man heute nicht mehr in die Ehe, dies mag sehr viel Gutes für sich haben; aber die Aufklärung schöpfen die jungen Leute an trüben Quellen, in Tanzlokalen, Kabarettis, Kinos und Nachlokalen übelster Art. Die Ehe ist das wichtigste Moment im Leben des Menschen, von ihrem Gedeih oder Verderb hängen die Generationen, hängt im Volke selbst die ganze Nation ab. Bei jeder Aussteuer werden alle Interessen, nur nicht die geistigen und sittlichen wahrgenommen. Wer ohne geistige Rüstung, ohne Aufklärung in die Ehe geht, der

hat bei seiner Aussteuer das Wichtigste vergessen. Hier soll aber nur das Allerbeste gewählt werden; nicht aus wertlosen, zweideutigen Machwerken soll diese Aufklärung und Belehrung für den Eintritt in das Leben der Ehe geschöpft werden, nur ernste, sittlich denkende Männer und Frauen sollen unsere Lehramtler sein. Dies ist bei der vorliegenden Bibliothek gewährleistet, nur erste Kräfte kommen zum Worte und jeder findet hier eine Fundgrube köstlichen Wissens, das zum Glück fürs Leben und für die Ehe unersehbliche Werte bietet. Die Bibliothek enthält:

Abteilung 1:

Band 1. Der Mensch
Werden, Sein und Vergehen
von A. Tscherkoff.
3., trefflich und illustrativ verarbeitete und verbesserte Auflage. Mit 4 bunten und 84 schwarzen Tafeln, sowie zahlreichen Textillustrationen.
Preis brosch. M. 16.80, eleg. gebund. M. 21.60, elegant in Kunstleder gebunden M. 27.00.
Der Inhalt des Buches ist in 5 Teile gegliedert:
1. Ursprung und Entwicklung des Menschen.
2. Der menschliche Körper.
3. Die Menschwerdung und die Geburt.
4. Vom Leben.
5. Vom Tode und Vergehen.

Band 2. Mann und Weib
Eine Gesamtdarstellung ihrer physiologischen, sittlichen, ethnologischen und kulturhistorischen Beziehungen nach
Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Durbach, Geh. Medizinalrat Prof. Dr. W. D. Busch, Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Casper, Geh. Medizinalrat Dr. R. Frortley, Prof. Dr. Graham, Geheimrat Prof. Dr. Grauert, Medizinalrat Prof. Dr. Osterlen, Hofrat Prof. Dr. Pöschel, Hofrat Dr. J. Steinbacher und Dr. G. J. Ell.
Herausgegeben von Dr. E. Wertenb.
Preis broschiert M. 9.60, gebunden M. 14.40, elegant in Kunstleder gebunden M. 22.00.

Abteilung 2 Frauenbücher:

Bd. 1. Das Geschlechtsleben d. Weibes
Eine physiologisch-soziale Studie mit kritischen Nachträgen.
von Frau Dr. Anna Fischer-Düdelmann.
18. Auflage mit vielen in den Text gedruckten Illustrationen und einem zerlegbaren Modell des Frauenkörpers in der Entwicklungsperiode.
Preis brosch. M. 9.80, eleg. gebund. M. 12.00, elegant in Kunstleder gebunden M. 14.40.
Band 2. Entstehung, Verhütung der Frauenkrankheiten
Von Frau Dr. Anna Fischer-Düdelmann
5. Auflage.
Pr. brosch. M. 3.60, eleg. in Kunstled. geb. M. 6.00

Bd. 3. Der weibliche Körper und seine Verunstaltung durch die Mode
5. Auflage mit fast 100 Abbildungen nach lebenden Modellen von Art. Tscherkoff.
Pr. brosch. M. 9.60, eleg. i. Kunstled. geb. M. 16.80
Bd. 4. Die Frau der Zukunft
von Trupla von Bagiensti
16 Illustrationen nach Originalen erster Künstler.
4. vermehrte und verbesserte Auflage.
Pr. brosch. M. 16.80, eleg. i. Kunstled. geb. M. 18.80

Zu beziehen durch: Voglers Bücherkabinett, Berlin SW 11, Anhaltstraße 6, Abteilung 8

Spezialität:
ohne Gummipflaster

Zahn-Praxis Endter Nflg.
Alvenslebenstraße 21, Nordbahnhof, Bismarckstra. 11
Nur 2 feste Preise
Zähne 5 M. und 7.50 M.
Schnell wirkliche Herren und Frauen mit schönem Zahnschmuck und sorgfältiger Garantie.

Erfindung
KUPFER
Zinn, Legierungsmetalle
auch alle anderen Metalle.
Dresdener Straße 13/14

Dem Weihnachtsmann
mit dem Engelstager W. Rohnke, 220, Rindb. 25, da unter die Arme greifen, wo die (dauern bei Aufhebung) kann nicht. Es gibt 25 Engel mit 25 Arbeiterstellen für 200.—, 25. Metallarbeiten 150.—, Goldarbeiten 80.—, prima Zahnmaterialien für Goldarbeiten 150.—, bestickte, Matrizen mit Zell, Engelst. 100.—, Friedenst. 100.—, 175.—, 175.—, 175.—
kaufen Sie alles aus erster Hand!

Briefe von Hugo Haase

Die nachfolgenden, bisher noch nicht veröffentlichten Briefe von Hugo Haase vervollständigen das Bild, das seine Persönlichkeit bisher schon geboten hat: ein scharfsinniger Politiker und dabei ein gütiger, verständender Mensch. Sein ganzes Leben war nur der einen Aufgabe geweiht, der Sache des Proletariats zu dienen, und sie erfüllte ihn so, daß er auch in den intimsten Briefen die Besprechung der politischen Vorgänge für wichtiger hielt, als die sonst wohl üblichen Herzergüsse. Aber weil er mit aller Leidenschaft Sozialist war, und stets das große Ziel unserer Bewegung, die Befreiung der Arbeiterklasse aus der Knechtschaft des Kapitals herbeizuführen, vor Augen hatte, wurden seine Briefe niemals eintönig und trocken.

Haase hatte den hellen Blick des wirklichen Führers, der sich niemals von den Stimmungen des Tages fortreißen läßt, sondern nur der eigenen Erkenntnis folgt, auch wenn sie im Augenblick von den Massen nicht verstanden wird. Was er während des Krieges über die Politik der Regierung und der Rechtssozialisten schreibt, wie er über die Lage der Revolution urteilt, was er über den Abschluß des Friedens zu sagen hatte, das hat geschichtlichen Wert.

Und so wird die Veröffentlichung dieser Briefe, gerade heute, ein Jahr nach dem Tode von Hugo Haase, nicht nur das Andenken an unseren Führer und Freund aufzufrischen; darüber hinaus wird sie uns in dem Willen bestärken, diesem Leben nachzueifern und nicht zu ermüden, bevor nicht der Kampf, in dem Haase gefallen ist, mit dem endgültigen Siege abgeschlossen ist.

Nach dem deutschen Friedensangebot 1918

Berlin, 14. Dezember 1918.

Mein lieber E., sehr oft bedaure ich es, daß ich Dich nicht um mich haben kann, und wie gern hätte ich in den letzten Tagen mit Dir gesprochen!

Du wirst Dir schon selbst ein richtiges Urteil über die Friedensaktion gebildet haben. Hoffnungen zu erwecken liegt kein Anlaß vor. M's. Stimmung schlug plötzlich in den hochliegenden Optimismus um, und sie kann sich nur schwer darin finden, daß ich jetzt skeptisch dem Friedensangebot gegenüber stehe, obwohl anscheinend meine bis in den Herbst hinein verkündete Prophezeiung wahr geworden ist, daß noch vor Abschluß dieses Jahres die ersten Friedensverhandlungen eingeleitet werden würden. Die Situation ist aber eine andere geworden, wie ich sie mir vorgestellt habe. Zwar ist die Sommeroffensive trotz starker Einzelerfolge der Alliierten im Endeffekt gescheitert. Die gewaltige Kraftanstrengung der Gegner, ihre antihumanitäre Ueberlegenheit, ihre Leistungen auf dem Gebiet des Krieges haben jedoch auch bei uns Bewunderung erweckt und die Heringschätzung ihrer organisatorischen und militärischen Fähigkeiten befestigt. Schien so der psychologische Moment für Friedensneigungen sich vorzubereiten, so wurde er doch durch die Ereignisse in Rumänien wieder hinausgeschoben. Rumänien, dessen Eintritt in den Krieg von unserer Regierung wie von anderen Mächten mit einer offensichtlichen Bellemmung aufgenommen wurde, hat die Stimmungsmerkmale verkehrt. Die Niederwerfung Rumäniens zeigt uns im Lichte des Sieges; und die Entente wird nicht geneigt sein, in diesem Augenblick in Friedensverhandlungen einzutreten, wenn sie auch nur so gedeutet werden können, als ob der Sieger dem Besiegten die Hand reiche. Das Ausland beurteilt bei Prüfung der Friedensnote nicht nur die augenblickliche militärische Lage — die, von Südosten abgesehen, leicht — sondern auch die finanzielle und wirtschaftliche. Es sieht sich trotz des Mißbehagens über Rumänien und Griechenland und der Sorge für die Saloniki-Armee nicht als Besiegter und die Kriegstreiber glauben — tout comme chez nous (ganz wie bei uns) — an den vollen Sieg. Deshalb hält der Jubel über das Friedensangebot, der als Ausdruck leidenschaftlichen, leidenschaftlichen Gefühls wohl begründet ist, einer kritischen Ueberlegung nicht Stand. Schon die Umwandlung der Ministerien in Frankreich und England deutet ebenso wenig auf Bereitwilligkeit zum Kriegsende hin wie die Rede Trepows. Die Note wird in den zur Entente gehörigen Großstaaten als deutsches Manöver aufgefaßt werden, unternommen mit dem vollen Bewußtsein, daß es scheitern wird, und in der Absicht, die deutsche Regierung als wahre Friedensfreunde im In- und Auslande herauszutreiben, die Sympathien des Papstes und der Neutralen zu gewinnen, die Friedensströmungen in den gegnerischen Ländern und damit die Opposition gegen die dortigen Regierungen zu härten und bei uns die Leidenschaft, die längst einer Müdigkeit und Erschöpfung Platz gemacht hat, hervorzuladen und bis zur Gluthitze zu steigern. Die Ablehnung der Note wird auch sicherlich eine kriegsverstärkende Wirkung ausüben: das Hilfsdienstgesetz erhält dann Leben; ein Gesetz über Hinausschiebung der Grenze für die Wehrpflicht und der aus-sichtslose U-Boot-Krieg rücken dann in greifbare Nähe. Die Friedens-Entschlüsse werden also sehr wahrscheinlich eine harte Enttäuschung erfahren. Diese Aussicht stimmt mich traurig, aber ich mag mir nichts vormachen.

Die Frage ist nur, ob die Entente die Note a limbo (ohne weiteres) ablehnen wird, oder ob sich noch ein kleines diplomatisches Geplänkel anschließen wird. Gern hätte wohl nicht eine unbedingte scharfe Zurückweisung empfohlen. Wie Lloyd George und Balfour sich verhalten wird, ist nicht vorauszusehen. Sicherlich würden sie ihre Position verbessern, wenn sie zuerst nach den Bedingungen fragen würden, unter denen Beihmann Frieden schließen wolle. Damit schiebe der Einwand weg, daß sie a tout prix (auf jeden Fall) den Krieg fortzuführen beabsichtigen, Beihmann würde dann sich klarer und deutlicher als bisher äußern müssen, und das trüge zur Reinigung der politischen Atmosphäre bei. Wäre er der Frage nach den Friedensbedingungen mit zweideutigen Redewendungen aus, so würde die Stimmung bei den Neutralen sofort gegen ihn umschlagen.

Wenn ich mich über den Charakter der Friedensaktion auf keinen Augenblick täusche, so bleibt ihr doch infolgedessen eine Bedeutung, als in ihr zum ersten Mal in offizieller Form der Wunsch nach Verhandlungen ausgesprochen wird.

Das Verfallensgesetz, in dem wir uns befinden, zeigte sich in der Art, wie diese wichtige Angelegenheit von der Regierung und dem Reichstag behandelt wurde. Die Regierung stellte den Reichstag wieder vor eine vollendete Tatsache, und der Reichstag nahm diese Richtung nicht nur ruhig hin, sondern schloß sich selbst den Mund. Daß die Scheidemannner auch bei dieser Gelegenheit für die Ablehnung jeder Debatte stimmten, wundert mich nicht mehr, alles demokratische verloren gegangen. Der Kaiser hatte mich nicht vor der Reichstags-Sitzung von dem Inhalt der Note in Kenntnis gesetzt; er grüßte mich, weil ich selbständig meinen Weg wandte. Aber nur vor der Sitzung, als er den Versuch, eine Reichstagsdebatte zu hinterziehen, den Kampf vorher vergeblich gemacht hatte, persönlich unternahm, erinnerte er sich meiner. Er fand selbstverständlich keine Gegenliebe. Aber die Mehrheit des Reichstags war ihm zu Gefallen.

Innerlich bin ich müde; der Verfall der Partei vollzieht sich unter peinlichen Erscheinungen.

Daß die alte Fraktion für ein Gesetz stimmen würde, das, wie das Hilfsdienstgesetz, die Arbeiter fesselt, habe ich doch nicht für möglich gehalten. Wenn das Gesetz erst seine Wirksamkeit entfaltet, dann wird sie etwas erleben. Die Erbitterung ist groß und kann sich unter dem Belagerungsstand nur nicht genügend äußern. Am Sonntag sprach ich in Magdeburg, Landsberg, der Abgeordneten für Magdeburg, vertrat seinen Standpunkt sehr geschickt, aber obwohl er persönliche Sympathien genießt und durch Bekämpfung des Hilfsdienstgesetzes und der Scheidemannschen U-Boot-Resolution in der Fraktion manches gut gemacht hat, unterlag er doch bei der Abstimmung.

Nächsten Dienstag soll ich in Königsberg über das Hilfsdienstgesetz sprechen. Darauf mache ich Pause. . .

Vor Stockholm

Berlin, 6. Mai 1917.

Mein lieber E., wieder bist Du genötigt, Deinen Geburtstag fern von uns als Soldat zu verleben. Alles spricht dafür, daß es das letzte Mal ist. Der Gedanke, es könnte anders sein, ist auch zu entschuldig. In den oberen Regionen herrscht nach einem Depressionszustand augenblicklich starke Zuversicht. Worauf sie sich gründet, ist mir nicht klar geworden, obwohl ich die U-Boot-Erfolge, die gewiß harten französischen Verluste an der Westfront, die vorläufig geschwächte Offensivkraft der Russen in Rechnung stelle. Die Kriegsmüdigkeit Oesterreichs wird von Woche zu Woche offensichtlicher, und die österreichische Regierung tut nichts, um sie zu verbergen. Sie betont vielmehr auf das nachdrücklichste ihr Friedensbedürfnis und begünstigt die Friedensbestrebungen der Sozialdemokraten. Den Türken ist nicht wohl zu Mut, und die Bulgaren möchten lieber heute als morgen Frieden schließen. Bei uns gilt dagegen die Durchhalte-Parole, von den nächsten 2 bis 3 Monaten verspricht man sich Wunder. Die Methode, die im Kriege so oft versagt hat, nämlich bei uns alles ruhig, bei den Gegnern alles düster anzusehen, steht in voller Blüte. Da die Massenkreise nach dem ersten Anlauf verhandelt, so ist man beruhigt, und bemerkt nicht, wie es in der Tiefe gährt. So geht das sinnlose Massenwachen weiter. Helfferich hat gestern nach einer sehr entschledenen Rede Ostas Coburn erklärt, er wolle jetzt keinen Frieden, da er uns nicht günstig sein würde. Und später, wenn sich noch mehr Staaten unseren Gegnern zugesellt haben, wenn der Mangel an Rohstoffen bei uns noch empfindlicher wird, soll er besser werden? Aber wer heute von Vernunft redet, ist ein Prediger in der Wüste.

Von der Stockholmer Konferenz ist nicht viel zu erwarten. Das Spiel, alle Gegenstände verfeinerte Resolution zu fabrizieren, machen wir nicht mit. Die Konferenz kann nur dann einen Sinn haben, wenn die Sozialisten in allen Ländern zu einer scharfen Opposition gegen die kriegerische Regierungspolitik sich entschließen. Mit Vorklaredeserei ist nichts gemacht. Wer kann jedoch solche Hoffnungen in die Scheidemannner setzen?

Die Regierung hatte mir anfangs den Vah verweigert. Nach einem Angriff gegen sie in der Budget-Kommission, an dem sich auch David beteiligte, hat sie den Betspruch gegen die Erteilung von Pässen an mich und meine Freunde aufgegeben. Sehr hübsch war das Bekenntnis, das David in der Kommission ablegte, als er der Regierung vorhielt, sie mache eine große Dummheit und hinzusetzte: „Die Welt wird sagen: die ehrlichen Sozialisten erhalten keine Pässe, Pässe erhalten nur die Regierungen-Sozialisten.“ So war es in der Tat; die Regierung wollte die Scheidemann, Ebert, David gern als ihre Werkzeuge in Stockholm benutzen, und dagegen, die mit unabhängig, nichts anderes wie eine ehrliche internationale Friedenspolitik betreiben, von dort fernhalten. Gestern ist die Nachricht aus Stockholm eingetroffen, daß die Konferenz zerfallen werden wird. Wann ich von hier abfahre, ist danach unbestimmt. Länger werde ich die Reise nicht hinauszuogern, da ich in jedem Falle bei meinen guten Beziehungen mit ein klarem Bild iber die Verhältnisse im Auslande zu verschaffen und vielleicht auch Friedensfordernd zu wirken vermag.

Ich empfinde es als ein Glück, daß Du, mein lieber . . . in D. bist und wünsche von ganzem Herzen, daß Du dort bis zum Frieden bleiben mochst.

Halte Dich trotz der schweren Zeit aufrecht und — so weit es geht — froh! . . .

Die Stellung gegenuber den Bolschewiki

2nd, 6. August 1918.

Lieber Freund A. . .

Ichon eine Woche bringe ich hier mit Nichtstun zu. Bis Sonntag konnte ich wenig ins Freie, da es stark regnete. Seitdem scheint die Sonne und ich kann wieder laufen, was mir ein großes Bedürfnis ist.

Die großen Weltereignisse lassen mich freilich nicht zur inneren Ruhe kommen. Der Herzensegner, mit dem die Gewerkschaften das fünfte Kriegsjahr eingeleitet haben, zieht noch widerlicher nach Chauvinismus als ihre früheren Exhortationen. Könnten wir doch jetzt vor den Arbeitern reden und schreiben! Ich möchte jetzt zu gern die Siering und Genossen, von denen ich Ihnen ja vor meiner Abreise erzählte, fragen, was sie gegenuber der General-Kommission zu tun beabsichtigen, die so diametral gegen die von ihnen befandete Aufstellung handelt.

Die französischen Arbeiter haben sich sehr gut gehalten. Ueber den Kongreß der C. S. I. habe ich im „Populaire“ einen ausführlichen Bericht gelesen, den ich Ihnen empfehle. Bernstein hat sucherlich ebenso wie ich die Nummer mit dem Bericht erhalten. Könnten wir unseren Arbeitern diese Vorgänge wie die Kämpfe der Arbeiter in England und Italien einbringlich und mit Kommentar massenhaft unterbreiten, so würde das zur Klärung mal beitragen.

Der Populaire ist jetzt sehr interessant, besonders beachtenswert ist auch seine Stellung gegenuber den Bolschewiki. Ohne jedes Schwanken hat er mit großem Nachdruck die Interventionspolitik der Entente in Russland bekämpft und das Verhandnis für die Politik der Bolschewiki zu fördern gesucht. — für die Politik des Proletariats gegen die Bourgeoisie, des Sozialismus gegen den Kapitalismus. Das ist für den Populaire der seitende Gedanke. Die Lage der Bolschewiki ist nach dem Vordringen der Englander bis Omega, den Fortschritten der Tschekoslawaken, dem Vormarsch der Japaner nach Sibirien eine verzweifelte. Gegenuber der deutschen Regierung sind sie allerdings gesturkt, da sie nach den militärischen Niederlagen an der Westfront und den Wirren in der Ukraine, die auf unsere Herrschenden offensichtlich magigend eingewirkt haben, eine andere Sprache führen können. Nach meinen Informationen, die ich inzwischen erhalten habe, sind sie sich dessen bewußt und handeln in diesem Sinne. Die Behauptung des „Local-Angeles“, auf die sich ein Leitartikel der Wiener Arbeiter-Zeitung stützt, daß sie in die Vorkriegszeit von England und Island eingewilligt hätten, ist für mich unglublich. Lebensfalls ist es sehr bedenklich, auf solche Nachrichten hin ein Urteil zu fällen.

Gerade jetzt, wo die Bolschewiki von allen kapitalistischen Regierungen umbrangt werden, halte ich es für einen schweren Fehler, gegen sie eine Volemik zu führen. Wir

würden dadurch Kämpfe innerhalb unserer Partei entfesseln, während wir den engsten Zusammenschluß gegen die Imperialisten aller Richtungen, auch der regierungssozialistischen, brauchen.

Mehr als je vertritt ich die Meinung, daß die Soz. Ausl. Korrespondenzberichte iber Russland zur Orientierung der Leser bringen soll, etwa auch Auszüge aus Artikeln des Populaire, daß sie aber Angriffe gegen die Politik der Bolschewiki verlagen soll. Genosse S. erzählt mir, daß D. einen Artikel pro Bolschewiki eingeleitet habe, der zuerst erscheinen soll, und dem ein ruhiger und sachlicher Artikel contra folgen soll. Bei der internationalen Situation, die sich entwickelt hat, würde ich beide Artikel zurückstellen. Dringend warnen möchte ich vor jeder Ausführung, die auch nur so ausgelegt werden könnte, als ob die konterrevolutionären Kräfte in Russland, als ob die kapitalistischen Kräfte — wenn auch gegen die Absicht des Verfassers — geführt würden. Hier kann ein Hinausschieben der Volemik nur nützen.

Mit herzlichsten Grüßen an Sie, Ihre liebe Frau, Ihren Sohn und unsere gemeinsamen Freunde bin ich Ihr Hugo Haase.

Vor dem Zusammenbruch

Berlin, 1. Oktober 1918.

Mein lieber E., für Deinen lieben Glückwunsch danke ich Dich herzlich. Je älter ich werde, desto geringer ist für mich der Wert eines solchen Tages. Aber diesmal habe ich schmerzlich Deine Anwesenheit vermist. Ich hätte nicht nur das Verlangen, Dich zu sehen, Dich, soweit es in meiner Kraft steht, in einer friedlicheren Umgebung als der Dringenden aufzufinden, sondern auch mit Dir die Gedanken auszutauschen iber die Weltlage und ihre künftige Gestaltung.

Die Ereignisse ibersturzen sich. Der aufmerksame Leser der ausländischen Presse konnte schon seit Wochen nicht mehr im Unklaren sein iber den Umschwung, der sich in Bulgarien vorbereitet. Unsere Regierung hat sich wieder einmal von den Ereignissen iberlassen lassen. Die bulgarischen Bauern, die im 8. Jahre Krieg führen, und ihre Weider nicht mehr bebauen können, werfen die Waffen weg und treten die „Kadwanderung“ an. Diesen Ausdruck gebrauchte der Vertreter unseres Kriegsministeriums, als er die Niederlagen im Terna-Bogen zu erklären versuchte, worauf ihm Erzberger, der als erster nach ihm zu Wort kam, whig antwortete: „Ich verstehe den fremden Begriff „Kadwanderung“ nicht, wenden Sie doch das deutsche Wort „Desertion“ an.“ Die bulgarischen Soldaten sind nicht nur durch die Dauer des Krieges zermürbt, sie sind auch völlig zerlumpt und ausgehungert. Noch im Juni dieses Jahres hatte die deutsche Regierung den Bulgaren 30 Millionen Uniformen geliefert, in voriger Woche ist ihnen die Nord-Dobrudscha iberlassen worden, um sie bei der Stange zu halten. Die Kriegsmüdigkeit ist so groß, daß keine Verlosungen mehr nützen. Der Jar Ferdinand hat am Donnerstag Raskow die Abberufungsurlaube gesandt, die dieser ihm zurückgesandt hat. Der Thron wackelt aber stark, und Ferdinand, der Umsichtige, hat seine Kinder bereits in Wien untergebracht. Unsere Regierung legt ihre Hoffnungen noch auf ihn. Dabei ist kein Zweifel, daß er die Unterhändler nach Saloniki geschickt hat.

Der Zusammenbruch des surkischen Heeres in Palastina deutet darauf hin, daß die Türkei bald dem bulgarischen Beispiel folgen wird und dann knüpft auch Oesterreich Sonderverhandlungen an. Der Minister Suharek hat vor Parlamentariern bereits vor einigen Tagen Anspielungen in diesem Sinne gemacht.

Von der Stimmung hier im Lande kannst Du Dir schon eine Vorstellung machen. Gestern hat das Zentrum bei der Regierung angefragt, wie groß die Entschädigung sei, die wir eventuell an Belgien zu zahlen hätten. Es ist auch noch nicht lange her, daß ich Landesverräter gehalten wurde, als ich von unserer Entschädigungspflicht gegen Belgien sprach. Im Bürgertum, in Jirkein, die monarchistisch bis auf die Knochen sind, wird offen davon gesprochen, daß die Haben zu losern würden muchten, wenn anders der Frieden nicht zu erlangen sei. In den Eisenbahnwagen hört man oftizers Neuberungen wie: „Lassen wir doch die Franzosen Elsbach-Lothringen nehmen, wenn wir nur den Frieden erhalten.“

Die Einwilligung des Kaisers in die Bildung eines qualiparlamentarischen Kabinetts spricht Bände. Die Angst ist auf allen Seiten groß. Schwindet sie, so kommt wieder ein Kuckfall in alte Zustände, wenn nicht das Volk in zwischen eine gründliche Systemänderung vollzogen hat. Das Koalitionsministerium, das jetzt in der Bildung begriffen ist, wird in einigen Monaten wahrscheinlich abgebaut werden. Auf der Ministerliste standen gestern Ebert, Eggen, Wirthschaften. Auf der Ministerliste standen gestern Ebert, Eggen, Sadlum, deren Vertrauen bei den denkenden Arbeitern nicht groß ist und die bei ausländischen Arbeitern geradezu auf Mißtrauen stoßen. Wir können zur Klärung der Situation nichts mehr wünschen als das Koalitionsministerium. Die Toten reiten schnell. Lebe wohl, mein lieber E., innig grüßt Dich in Liebe. . .

Aus der Regierungszeit

Berlin, 26. November 1918.

Mein lieber E., von Herzen begrüße ich Dich in der Heimat. Tag und Nacht habe ich auf ein Lebenszeichen von Dir gewartet. Ich wußte, daß Du auferstanden warst, einen Brief zu befördern. Ich hoffte, daß Du in den letzten Kämpfen des November uns erhalten sein würdest. Aber die Ungewißheit wurde immer drückender. So war Dein Telegramm aus Hellscherhol eine Erlösung. Du hast sicherlich auf dem Radmar schwere Strapazen erlitten. Bist Du erst zu Hause, so wirst Du Dich jedoch bald erholen.

Du hast mir in den Tagen der revolutionären Umwandlung sehr gefehlt. Ich hätte das große Erlebnis zu gern mit Dir geteilt. Die harten Waffenstillstandsbedingungen, die Notwendigkeit der ibersturzten Demobilisierung, das Detail der Ernährungspolitik erheischen mehr als sonst die Aufmerksamkeit des eingearbeiteten Verwaltungsapparats. Die alten Beamten, die sich mit der Revolution abgefunden haben, da sie einsehen, daß das alte Regime unwiederbringlich dahin ist, sind im Innern radikalen Regierungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet nicht geneigt, als bloße Techniker sind sie dennoch nicht zu entbehren. Die Scheidemannner haben aber Vurberliche auch in wichtigen politischen Stellung gelassen. So haben wir bis jetzt noch nicht die Entfaltung Solfs aus dem Auswärtigen Amt durchgeführt, der ohne meine Kenntnis ganz im alten Stil Klasse veroffentlicht hat. Das zu verhindern geht nicht ohne Reibungen ab.

Ich würde allein mit meinen Freunden die Regierung ergriffen haben, wenn nicht die Soldaten fast einmütig darauf bestanden, daß wir mit Ebert die Gewalt teilen sollten, und wenn nicht ohne Ebert ein erheblicher Teil der burglichen Fachmänner Sabotage treiben würde. So müssen wir manches in den revolutionären Planen nicht gedämpft.

Der revolutionäre Prozeß ist erst im Anfangsstadium. In welchen Formen er sich weiter vollziehen wird, hängt von der Arbeit ab, die die Regierung leisten wird. . .

Die Komödie der Irrungen und Wirrungen ist vorläufig beendet. Sie war weniger belustigend als lächerlich. Karikatur, Hin- und Herschwanzen, Beschließen, Annahmieren der Beschlüsse, halbe Entschlüsse, Zurückweichen — das alles war die Signatur der letzten Tage. Am die Demokraten zu gewinnen, waren die Vertreter der Sozialdemokraten gestern abend auf ihren Vorschlag eingegangen, daß den Alliierten die Annahme des Vertrages unter sechs Bedingungen, die gemiß inzwischen durch die Presse bekannt geworden sind, erklärt werde. Die rechtssozialistische Fraktion schreie aber doch davor zurück, auf diesen Veim zu Frieden. Es war ihr klar, daß diese Note den Einmarsch der alliierten Truppen bedeutete, und darauf wollten sie es nicht ankommen lassen, während sich die Demokraten, völlig horniert wie Theodor Wolff, damit abfanden. So wurde das Telegramm, das diese Note enthielt, um 9 Uhr von der Post zurückgeholt, noch rechtzeitig, bevor es nach Versailles gelangte. Der Wechsel der Entscheidung vollzog sich so schnell und häufig, daß noch heute um 11 Uhr Fehrenbach von der Zurücknahme des Telegramms nichts wußte.

Die Haltung der Demokraten macht den Sozialdemokraten böse Bekwerden. Sie mühten sich mit dem Zentrum allein die Verantwortung tragen. Aber sie machten keinen Schritt zwischen sich und den Demokraten. Sie glaubten Dornbarn — nicht als Vertreter seiner Fraktion, sondern als Fachmann — im Ministerium festhalten zu können, und im Senatorenkonvent verhandeln sie um 11 1/2 Uhr aufstehend, daß das Ministerium um 1 Uhr mittags gebildet sein werde. Kaum war das Wort ausgesprochen, da kam die Nachricht, daß die Demokraten in feiner Form an der Regierungsbildung sich beteiligten, daß deshalb auch Dornbarn und Bernstorff nicht mitmachen. Nun begann von neuem die Suche nach Ministern. Jetzt endlich — zwischen 2 und 3 — ist eine Ministerliste fertig, die aus Sozialdemokraten und Zentrumskleuten besteht. Bauer ist Ministerpräsident — eine formale Vorbestimmung. Ist der Friede unter Dach und Fach, dann kann das Zentrum sich mit Gräbe der Sozialdemokraten entscheiden und mit den bürgerlichen Parteien eine Regierung bilden. Die Demokraten schmolzen nicht, sie wollten zwar die wichtigste Vorlage der neuen Regierung, die Friedensvorlage, ablehnen, ihr jedoch das Vertrauen aussprechen. So reißt sich Burleske an Burleske.

Eine schwere Angst drückt noch die Rechtssozialisten. Werden wirklich die Unabhängigen dem Friedensvertrag zustimmen? Von drei Seiten sind wir schon deshalb interpelliert worden. Sie können sich gar nicht mehr denken, daß eine Partei aus klaren Grundsätzen jetzt auf ein Ziel losgeht. Für sie ist die Politik so sehr ein Schicksal geworden, das auf tatsächlichen Umständen sich aufbaut, daß sie eine andere gar nicht mehr verstehen. Ohne uns haben sie keine Mehrheit, wie sie fürchten. Daher ihre Bekkummern.

Morgen nachmittag tagt nun die Nationalversammlung. Insofern kann ich leider morgen nicht bei Euch sein. Ich hoffe aber bestimmt, Montag wenigstens für einen Tag zu kommen, wobei ich bin ich schon mittags zu Hause — wenn die Eisenbahnzüge überhaupt gehen.

Auf gesundem Wiedersehen. . . .

Vor zwei Jahren!

Aus den ersten Nummern der „Freiheit“

Es lebe die Freiheit!

Der Haß und der Stolz der arbeitenden Massen ist berechtigt. Aber sie müssen sich hüten, in dem Freudenrausch dieser ersten Tage zu vergessen, wie anendlich viel noch zu tun bleibt!

Wir haben die Freiheit verhältnismäßig leicht errungen. Sehr viel schwerer wird es sein, das ererbte Gut zu befestigen und zu behaupten.

Das muß immer und immer wieder gepredigt werden, damit das Mißtrauen des Proletariats wach bleibe. Unsere Gegner haben sich feige verhalten. Aber sie sind deshalb nicht tot. Sie sammeln neue Kräfte. Sie warten auf den Augenblick, wo sie zum Schlag gegen uns ausziehen können.

Einstweilen kommen sie aus ihrem Versteck hervor, um uns ihrer Erbgehung zu versichern. Wir können über die große Zahl von Anhängern, die die sozialistische Republik allenthalben besitzt. Die Intellektuellen erklären sich in großen Scharen zu positiver Mitarbeit bereit. Zahlreiche Akademiker wollen von jeder Art Anhängern des Volkstaats gewesen sein. Beamte stellen sich begeistert auf den Boden der neuen Verhältnisse. Finanzleute und Großgrundbesitzer erweisen dem neuen Deutschland ihre Reue.

Wir rufen ihnen, Freunde! Die meisten von ihnen sind Mantelträger und Geschäftssozialisten, die die Konjunktur ausnützen wollen. Sie werden sich in erbitterte und gehässige Gegner zurückverwandeln, wenn der Wind umschlägt und sie glauben sollten, daß sich anderswo bessere Geschäfte machen lassen.

Die erste und vornehmste Aufgabe der sozialdemokratischen Republik besteht also darin, das Erbe des Proletariats festzustellen, und nichts wäre verfehlter, als auf jene so schnell erwerbenden Anhänger und Mitläufer Rücksicht zu nehmen. Die Stunde des Proletariats ist gekommen. Sie muß genutzt werden!

Nicht stehen bleiben!

Was wir bis jetzt zerklüftet, war noch bis ins Mark hinein. Die Hauptarbeit steht uns bevor. Die Hydra des Kapitals hat mehr als 22 Köpfe, und der junge Hercules Revolution wird alle Kraft, alle Energie zusammenzuzerlegen müssen, um ihrer Herr zu werden.

Nicht stehen bleiben! Wir müssen weiter! Müssen sofort weiter! Die Tat duldet keinen Aufschub. Die Regierung der sozialen Republik muß unverzüglich Hand an die großen und gerade in diesen Tagen so lebenswichtigen Betriebe legen, muß sie sofort als Nationaleigentum erklären.

Die Bergwerke müssen Nationaleigentum werden. Wir brauchen Kohlen. Der Winter steht vor der Tür, ershörender, drohender denn je. Die Industrie muß mehr als zuvor versorgt werden. Der Verkehr wird auf Monate hinaus eine unerhörte Steigerung erfahren. Wir brauchen Erze. Ohne Kohlen keine Fertigmotoren. Wir brauchen Kollierge. Die Wäcker sind auf's äußerste erschöpft.

Die Betriebe der Schwerindustrie und der verwandten Industrien müssen Nationaleigentum werden. Dringend nötig ist Ersatz für das im Kriege Verlorene; dringend nötig die Wiederherstellung des Geschädigten. Es mangelt an Rohstoffen und Halbfabrikaten, an Stahl- und Formeisen, Schienen und Trägern, Draht und Blechen. Es mangelt an Werkzeugen, an Kraftwagen, Maschinen, Lokomotiven, Transportmitteln, Eisenbahnwagen.

Die Werke der Textilindustrie müssen Nationaleigentum werden. Unübersehbar ist der Bedarf an Wolle und Baumwolle, an Web- und Spinnstoffen, an Bindfäden, Säden, Kleiderstoffen.

Die Werke der chemischen, der Kraftwagenmittel, der elektrischen, der Lederindustrie — sie alle müssen Nationaleigentum werden.

Wir brauchen Arbeit. Mehr als acht Millionen Soldaten, mehr als 16 Millionen Hände werden in einigen Wochen wieder in der Heimat sein. Sie werden Beschäftigung, Verdienst, Brot verlangen. Sie haben ein Recht darauf.

Nicht stehen bleiben! Es ist ein Riesenschritt, den wir tun müssen. Ein breiter Graben liegt vor uns. Die revolutionären Tage, die hinter uns liegen, waren der Anlauf. Nur kein Zaudern, kein Zögern. Wir müssen hinüber. Oder wir sind wert, im Graben zu erstarren.

Es gilt die Interessen unseres Volkes und Landes. Es gilt die Errungenschaften der Revolution!

Zwei Jahre Betriebsräte!

Tage des Rückblicks sind in unserer Zeit häufig Tage schmerzlicher Erinnerung. Erhaschen wir in der mehr atemlosen, als fruchtbringenden Hast des Geschehens einen Augenblick des Verharrens, um Umkehr zu halten in der Arbeiterbewegung der letzten zwei Jahre, so überschauen wir ein weites Feld wüster Trümmer und getäuschter Erwartungen. Das eine ist die Ursache des anderen: nur in der Zerfahrenheit der Arbeiterbewegung, beginnend mit der Politik des 4. August 1914 und — vorläufig — angefangen bei den 21 Moskauer Bedingungen, liegt der Grund für die Enttäuschungen der Revolutionsjahre.

Völlig obsolet ist das Bild, wenn wir uns dem Gebiet der Betriebsräte zuwenden. Nach zwei fruchtlosen Jahren sehen wir erst jetzt einen tastenden Anfang.

Als der Hohenzoller fortgegangen und Deutschland Republik geworden war, nannte man dieses Staatswesen ein sozialistisches. Mag uns diese Bezeichnung heute lächerlich erscheinen, so war sie im November 1918 doch nahelegend als Ausdruck der Tatsache, daß die deutsche Arbeiterklasse als der einzige tragfähige politische Machtfaktor und der Sozialismus als die einzige Rettung aus dem Chaos erschienen. Die Parteien des Proletariats übernahmen die Macht und die Arbeiterklasse schuf Betriebsräte, um die gewonnene Macht zu fundieren in einem der Eigenart proletarischer Machtentfaltung gemäßen System der gesell-



Auf Dich haben wir gewartet

Wie oft hören wir: auf mich Einzelnen kommt es nicht an, die anderen werden schon das ihrige tun

Gerade auf Dich, den Einzelnen, kommt es an

Die Masse ist nichts anderes als eine Gesamtheit von Einzelnen. Nur wenn jeder Einzelne seine Pflicht tut, kann die Masse ihre Kraft erweisen. Auf Dich haben wir gewartet, auf Dich Einzelnen, der Du trotz Krieg und Revolution noch immer nicht begriffen hast, wo Dein Platz ist.

Schließe Dich der Partei des revolutionären Proletariats, der Unabhängigen Sozialdemokratie, an

Abonniere sofort die „Freiheit“

schaftlichen und politischen Organisation: dem Räte-system, einem Aufbau von Organen, dessen wesentliche Aufgabe es gewesen wäre, Vollzugsorgane der ökonomischen Umwälzung zu sein, die der Erreichung der politischen Macht durch das Proletariat folgen muß, wenn der Sozialismus lebendige Wirklichkeit werden soll.

Da die Idee der Arbeiterräte gleichgesetzt wurde der Diktatur des Proletariats, gelang es den Gegnern der Arbeiterklasse, den Widerstand gegen die Forderung der proletarischen Diktatur gegen die Arbeiterräte überhaupt zu rächen, die der Bourgeoisie in jeder Scheinungsform unbequem waren. Dank dem Umstande, daß nicht nur breite indifferente Schichten, sondern auch Teile des sozialistischen Proletariats selbst in diesen Kämpfen an der Seite der Bourgeoisie standen, erlitt der Diktaturgedanke eine erste große Niederlage, in die die Arbeiterräte als Organe der ökonomischen Macht des Proletariats verwickelt wurden. Die großen wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, nahmen am Widerstand gegen das Räte-system teil. Eine Haltung, die menschlich wohl begreiflich wird, wenn wir uns erinnern, daß die Arbeiterräte sich ansetzten, Aufgaben zu übernehmen, die bisher den Funktionären und Organen der Gewerkschaftsbewegung zustanden, und daß führende Personen aus den Kreisen der Räte mit der anmaßenden Gestis des Besserwissers die Ab-dankung der Gewerkschaften verkündeten, die aber dennoch eine Dummheit bleibt, die sich in der Folge an den Gewerkschaften bitter rächte.

Als die Weimarer Verfassung das trübe Licht der deutschen politischen Welt erblüht hatte, war die kurze Periode der Rätevorherrschaft in Deutschland zu Ende. Die Verfassung versprach — nach anfänglichem Widerstand ihrer Schöpfer und nach heftigen Kämpfen — den Fortbestand der Arbeiterräte als Faktor des öffentlichen Lebens Deutschlands. Die Verfassung kündete in recht allgemein und deutungsfähig gehaltenen Paragraphen nicht nur Betriebsräte an, sondern ein System von Räteorganen. Worauf ein Kampf um die Form der kommenden Räteordnung und um das Ausmaß der Rechte der Organe dieses Systems begann, der sein untröstliches Ende fand mit der Annahme des Betriebsrätegesetzes durch die Nationalversammlung, ein Ausgang, der unruhlich war aus doppeltem Grunde. Einmal, weil dieses Gesetz die ursprüngliche Wucht der Räteidee auf ein Nichts reduzierte, und ferner, weil sich die Repräsentanten der neuen Republik im letzten Augenblick des Kampfes um das Gesetz noch einmal mit Arbeiterblut besudelten. Unruhlich für das Proletariat war dieses Ende nur deshalb, weil es Vertrauensleute eines Teils der Arbeiterklasse waren, die Heine, Tostke, Ernst und Bauer, die, vom jubelnden Beifall der düstern Reaktion gestützt, ihren „Stieg“ mit den schließenden Filzten ihrer Bewaffneten erstickten.

Das Gesetz war gegeben und damit für die Arbeiterklasse die Frage, was mit dem Gesetz und den danach gewählten Betriebsräten anzufangen sein werde. Die Gewerkschaftsbürokratie zeigte Neigung, diese Frage als nicht bestehend anzusehen. Sie erklärte, die Betriebsräte seien doch nur eine Fortsetzung der alten Fabrik-Ausschüsse, mit denen zu arbeiten die Gewerkschaften längst gewohnt seien.

Das ist insofern richtig, als die Organe der Gewerkschaftsbewegung ihre Position durch das Gesetz zu sichern verstanden haben. Neue Befugnisse, deren sie für die Zwecke der Lohnpolitik, die mehr und mehr beherrschend wird vom kollektiven Arbeitsvertrag, bedürfen, sind ihnen im Gesetz gewährt. Allen Versuchen, die Gewerkschaften auszuscheiden, von welcher Seite sie immer kommen mögen, ist mit dem Gesetz ein einseitiger unverrückbarer Niegel vorgeschoben. Das heißt aber, wer mit dem Gesetz arbeiten will, muß mit den Gewerkschaften arbeiten. Jede andere Form der Rätearbeit würde die Betriebsräte zu einer höchst unglücklichen Stellung verurteilen und die Gefahr beschwören, daß das geringe Recht, das das Gesetz gibt, schmerzlos verloren ginge.

So stand die Frage für die durch eine verblüffende Genügsamkeit ausgezeichneten Gewerkschaftsfunktionäre sehr einfach. Schwieriger war sie für alle, die bestrebt waren, im Räte-system einen Organismus zu schaffen, geeignet, eine der bedeutungsvollen Stellung des Proletariats im Produktionsprozess angepaßte Nachstellung der Arbeiterklasse im Wirtschaftsleben zu sichern.

Hier verlagern die Bestimmungen des Gesetzes. Um so bedeutsamer wurde der Aufbau einer Räteorganisation, um die im Gesetz gegebenen Rechte auszunutzen und zu erweitern, teils kämpfend, teils durch sachliches, auf gründlicher Kenntnis beruhendes Wirken. Wollten wir so der Tätigkeit der Betriebsräte und Räteverbände ein weiteres Feld stellen als die Gewerkschaftsfunktionäre, so blieb doch klar, daß zwischen den Organen eines Räte-systems und den Gewerkschaften das innigste Verhältnis erhalten oder hergestellt werden mußte. Eine Loslösung der Rätebewegung von den Gewerkschaften würde eine Trennung von den wirtschaftlichen Massenorganisationen der Arbeiterklasse und damit die Unfruchtbarkeit der Betriebsrätearbeit bedeuten. Ein Kampf zwischen beiden Bewegungen aber, der mit großer Wahrscheinlichkeit die Folge einer Isolierung beider Strömungen voneinander gewesen wäre, hätte die Gesamtarbeiterbewegung in neue unheilbringende Verwirrung gestürzt. Der Anfang davon ist täglich zu spüren. Das mußte vermieden werden, und das Verdienst daran, daß sich die Reime zu dieser Verwirrung nicht auswaschen konnten, haben die Kreise, die von jeder einem schiedlichen Verhältnis und einer ein nach hartem Nebeneinander gewährleistende Organisationsform das Wort geredet haben. Wäre die Flut einer selbständigen Räteorganisation in jener Form und Zweckbestimmung, wie sie von den extremen Räte-räte-bonzon empfohlen wird, über das deutsche Proletariat niedergegangen, so wäre das vollendete Chaos das Ende gewesen.

Immerhin haben selbständige Betriebsräteorganisationen hier und da in Deutschland entstehen können. Einige von ihnen blühen sogar schon auf einige Lebensjahre zurück, auf eine längere als die erst jüngst entstandenen freigewerkschaftlichen Betriebsräteverbindungen. Fragt man indes nach ihren Leistungen, so entsteht Verlegenheit. Und wir würden, vornehm und rüchlich, wie wir zu sein pflegen, diese peinliche Frage nicht berühren, wenn nicht die Stunde der Erinnerung die Forderung zur Rückschau lebendig machen würde. Die Verbreitung von irreführenden Vorstellungen über die Zusammenhänge im Wirtschaftsleben in Reden und Schriften, die Züchtung der gräßlichsten Konfusion, beginnend mit der Idee, daß nur das Bündnis mit Geiseln und Christen eine rechtshafte Rätebewegung zu schaffen vermag, und gesteigert zu jener wahnwichtigen Selbstbeschwörung des Proletariats, nach der die Organe sympathischer sei als die Anstaltsbatterien Internationaler — alles das, frisiert mit einigem Versammlungsspektakel, können wir, man möge verzeihen, nicht als positive Arbeit einer Organisation der Arbeiterklasse ansehen. Dagegen bemerkt der erstaunte Beobachter, daß positive Leistungen der selbständigen Betriebsräteorganisationen, wo sie vorkommen, völlig im Rahmen der Gewerkschaftsbewegung liegen: man arrangiert Bahnen, treu und brav nach den Vorschriften des Gesetzes, man entwirft Arbeitsordnungen, Richtlinien für Einstellung und Entlassung und so fort. Wenn also ein positives Ergebnis der Arbeit selbständiger Räteorganisationen — neocommunistischer Couleur vorliegt, so besteht es in dem durch ihre Tätigkeit selbst erbrachten Beweis, daß Räte- und Gewerkschaftsarbeit gar nicht streng zu trennen sind.

Dennoch haben wir immer betont, daß wir für die Organe eines Räte-systems ein gewisses Maß von Unabhängigkeit beanspruchen. Aber nicht so sehr eine Unabhängigkeit von den gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats, denn sie sind Fleisch von unserem Fleische, sondern Freiheit von den kleinen Tagesorgen des Gewerkschaftskampfes. Eine Räteorganisation kann nur bestehen, wenn sie wohl auf dem Boden der gewerkschaftlichen Massenbewegung erwachsen ist, wenn der Betriebsräte aber dennoch sozial eigenes Bestimmungsrecht über ihre Organisation bewahrt bleibt, daß sie imstande sind, das Gesetz ihres Seins und Werdens und ihrer Tätigkeit auf wirtschaftspolitischen Gebiete selbst zu bestimmen.

Diese Voraussetzung ist durch die Richtlinien des ersten deutschen Betriebsräte-Kongresses vom Oktober gegeben. Sache der Betriebsräte wird es sein, diese Freiheit auszunutzen und Mängel der neuen Einrichtung zu beseitigen. Pflicht unserer Genossen in den Betriebsräten ist es, für eine sozialistische Wirtschaftspolitik der Organisationen zu sorgen und von den Räteverbindungen aus Einfluß zu nehmen auf die Gewerkschaften selbst und ihre Politik. Die Defamierung der Arbeiterklasse steht in unverwundlichem Gegensatz zur Defamierung der Bourgeoisie. Hier gibt es keine Gemeinsamkeit, hier gilt nur Kampf! Die Idee der Arbeitsgemeinschaften, die vorgeschlagen gemeinsame Interessen von Kapital und Arbeit zum Ausgangspunkt hat, ist eine Gefahr. Haben unsere wiederholten Warnungen vor dieser Politik nicht genügt, um das Proletariat zu dieser Erkenntnis zu bringen, so wird eine von gutgeleiteten Betriebsräteorganisationen geleitete sozialistische Wirtschaftspolitik die Überwindlichkeit des Gegensatzes zwischen Kapitalismus und Sozialismus auf Schritt und Tritt offenbar machen und zur schnellen Beseitigung des verhängnisvollen Zerfalls einer harmonieduldsamen Gewerkschaftspolitik führen.

So muß die Gewerkschaftsbewegung neue Impulse zu revolutionär-sozialistischem Handeln empfangen gerade durch ihre enge Fühlung mit der Betriebsräteorganisation. Vorausgesetzt, daß sich die Betriebsräte ihrer Stellung und Aufgabe bewußt und vom rechten Geiste besetzt sind.

Die Kinderhölle in Berlin

Ungeheures Elend herrscht in einem großen Teile des deutschen Volkes. Über wie früher, so hat auch jetzt das Elend die Neigung, sich zu verbergen. Es wird deshalb nur demjenigen sichtbar, der es sehen will. Der Staat hat diese Absicht nicht: Untersuchungen über die soziale Lage der unteren Volksklassen werden nicht angestellt. Die amtliche Statistik, die früher manchen Einblick gewährte, wird vernachlässigt, auch vermag sie nicht durch ihre trockenen Zahlen die Aufmerksamkeit größerer Kreise zu erwecken.

Die Arbeiterklasse aber kennt das Elend. Sie sieht es täglich und verliert dadurch die Empfindung für die Ungeheuerlichkeit der Leiden, die der Krieg und der unersättliche Drang des Kapitalismus nach seiner rücksichtslosen Entfaltung auf sie herabwürgt. Und doch muß sie mehr als bisher den Schleier lüften von diesem täglich anwachsenden Elend. Sie muß die grauenerregenden Tatsachen benennen, um die Erkenntnis unter den Hunderttausenden von Gleichgültigen zu wecken, daß unter dem Kapitalismus ihrer nur unzulässige Verschärfung ihres Elends wartet, daß sie nur durch den Kampf gegen die Wurzel dieses Übels die Erlösung für die hungernden und frierenden Massen schaffen kann.

Hier und da findet sich zwar auch ein Bürgerlicher, den das Mitleid gepackt hat und nun in dem Kampf gegen das Elend mitwirken will. Ein solcher Mann ist Harry Graf Kessler, der in einem Sonderheft der „Deutschen Nation“ erschütternde Photographien über das Elend der Proletariatsfamilien im Norden und Osten Berlins veröffentlicht. Leider können wir die Bilder nicht abdrucken. Wir wollen aber dafür die kurzen Bemerkungen, die jeder einzelnen Photographie angefügt sind, hierhersehen. Sie lauten:

1. Familie S. Vater Schlosser, Lungenkrank. Fünf Kinder. 120 Mark Wocheneinnahme für die ganze Familie. Für sieben Personen zwei große Betten, zwei Kinderbetten. Max S. (photographiert) acht Jahre alt, rachitisch. Auch die anderen Kinder rachitisch.

2. Familie H. Vater Schlosser, früher selbstständig. Jetzt, infolge des Krieges, mittellos und arbeitslos. Völlig verwahrlohtes Unterkommen in einem alten verlassenen Restaurant. Zwei Kinder, von denen das ältere auf einem Auge blind ist. Kein Gas (wegen Schulden abgestellt), keine Heizung, keine Seife, keine Wäsche, kein Handtuch. Die Fensterscheiben des Unterkommens zerbrochen.

3. Familie A. Sehr ordentliche sparsame Leute. Familie von sieben Personen: fünf Kinder, Mutter und großer Onkel. Der einzige Verdienst der ganzen Familie 80 Mark Wochenlohn des Ältesten, Achtzehnjährigen, der Lehrling ist. Sonst nur Unterstützungsgelder. Alle sehen sehr blaß und aufgebunsen aus, das jüngste Kind ist rachitisch. Eine durchaus typische ordentliche Familie aus dem Norden von Berlin.

4. Familie P. Betreibt eine sehr ordentlich aussehende Papierhandlung (Leihbibliothek, Spielwaren, Scherzartikel, Feuerwerk). Vater sehr kränklich infolge des Krieges. Mutter Wäscherin. Sechs Kinder. Wally und Willy, 8 und 7 Jahre alt, sind bloß 90 Zentimeter hoch und haben erst vor kurzem laufen gelernt.

5. Portierfamilie aus Berlin N. Sieben Kinder, von denen zwei Lungenkrank. Der Mann ist gestorben. Die Frau hat keine Wohnung und Hausreinigung und außerdem für zwei Kinder 80 Mark wöchentliche Unterstützung. Alle Kinder unterernährt, das jüngste (Paul), 8 Jahre alt, lungenkrank.

6. Familie G. Mann lebt. War im Kriege. Bekommt aber keine Arbeitslosenunterstützung, weil nicht 1914 in Berlin anwesend. Kann auch nicht nach Hause, weil er dort erst recht keine Arbeit findet und verhungern würde. Parterrewohnung. Sehr feucht. Frau hat Gelenkrheumatismus. Mann Ausschichtarbeiter, der immer sechs Wochen lang arbeitslos. Vier Kinder, Paul 8, Trudel 5, Alara 4, Gerda 2 Jahre alt. Essen bloß zweimal am Tage morgens Brot, abends die Quäkerspeisung der Kinder, deren Ueberreste die Frau isst. Kein Gas (abgestellt wegen Schulden), kein Petroleum, weil zu teuer. Wenn es dunkel wird, geht die ganze Familie ins Bett. Keine Seife, kein Handtuch.

7. Familie G. Klempnermeister. 1000 Mark Monatsverdienst. Kellerwohnung, Laden, Vorderraum und völlig dunkler Hinterraum, in dem von den elf Mitgliedern der Familie sechs schlafen müssen. Für diese elf Familienmitglieder nur vier Betten. Alle Kinder unterernährt und mit strotzhaftem Ausschlag bedeckt. Die Mutter hat von der letzten Entbindung her noch eine Venenentzündung. Die Kinder haben fast keine Kleidung. Bettwäsche fehlt ganz.

8. Lagerstatt einer elfjährigen Tochter der im Reichsdienst befindlichen Postassistentin mit einem Tagesgehalt von 25 Mark und mit 477 Mark Rente. Familie von sieben Personen. Für sieben Personen drei Betten und ein Kinderbett. Drei von den Jungen (der Älteste, vierzehnjährig) schlafen zusammen in einem schmalen Bettchen. Die elfjährige Tochter auf der abgebildeten Lagerstatt.

Graf Kessler sieht den Bildern folgende Bemerkungen voraus:

Die Bilder, die hier veröffentlicht werden, bedürfen keines Kommentars. Sie reden selbst laut und fürchterlich. Sie erzählen den Untergang eines Volkes. Hunderttausende von Deutschen, Millionen von deutschen Kin-



Der Bankier liest ein Börsenblatt

Der Kaufmann liest die bürgerliche Geschäftspresse

Der Landwirt liest ein agrarisches Organ

Der Industrielle liest eine Unternehmerzeitung

Der Arbeiter, Angestellte und Beamte muß das Blatt der werktätigen Bevölkerung, die „Freiheit“, lesen!



bern leben heute in diesem Elend. Langsam ist es emporgetrieben: vom Lumpenproletariat zu den Arbeitslosen, von den Arbeitslosen zu den kleinen Handwerkern und Rentempfangern, von diesen bis zu den auf mittleren Lohnstufen stehenden Arbeitern und Angestellten. Im Berliner Norden und Osten, am Wedding, am Gesundbrunnen, in den vollstehenden Vierteln am Görlitzer und Schlesischen Bahnhof gibt es kaum ein Haus, in dem nicht mehrere solche Elendwohnungen sind, in dem nicht vielleicht die Mehrzahl der Familien nur noch kramphaltig sich am Rande dieser kalten, grauen Hölle hält.

Den Umfang dieses Elends ahnt man, wenn man hört, daß es am 15. September in Deutschland 720 000 Arbeitslose gab, und daß die Arbeitslosen heute bereits nur einen Bruchteil der in Elend verkommenen Deutschen bilden. Der Direktor des Statistischen Amtes in Berlin-Schöneberg, Dr. Kuczynski, hat berechnet, daß das Existenzminimum einer Groß-Berliner Familie von vier Köpfen heute neunzehntausend Mark beträgt, und daß sich nicht 10 Prozent der Groß-Berliner Familien über dieses Einkommen verfügen. Die Bilder zeigen nicht Ausnahmefälle, sondern nur ganz schlicht, wie der größte Teil der übrigen Berliner Familien, der größere lebt. Sie sind der sich ablesbare und schreckliche Kommentar zu den statistischen Berechnungen.

Die Einzelheiten dieses Schreckens sind in jedem dieser

Totenhäuser des Berliner Ostens und Nordens, dieser Totenhäuser eines Volkes, die gleichen. In luftloser Enge, in viel zu wenigen Räumen viel zu viele Menschen. Daß vier oder fünf Erwachsene und Kinder durcheinander in einem Zimmer wohnen, ist fast die Regel. Ebenso daß drei oder mehr Menschen in einem Bette schlafen. Das Mobiliar, die Tapeten,

die Wände und Decken sind fast überall in einem Zustand fortgeschrittener Verwahrlosung. Die Wohnung auf Bild Nr. 7, wo die Tapete von den Wänden hängt und die Feuchtigkeit bereits einen Ueberzug von Schimmel und von Pilzen an der Wand gebildet hat, ist keine Ausnahme; sondern im Gegenteil: diese Verwahrlosung ist die Regel. Auf Bild 2 ist das Elend noch schlimmer, und auch diese fürchterliche Spielunze, wo Kuhhoden, Wände und Decke in der Auflösung begriffen scheinen, ist noch nicht das Letzte. Raum in einer einzigen Wohnung sind alle Scheiben ganz; man sieht von außen in den langen Straßen der Arbeiterviertel ganze Reihen von Fenstern, die bloß mit Parpe oder Holz gestickt sind.

Wäsche, auch Bettwäsche, ist überall eine Seltenheit. In Betten, die für drei oder vier Kinder als Lagerstatt dienen, besteht der nackte Bezug oft nur aus Lumpen. Sehr bezeichnend hierfür ist die Photographie Nr. 8, die Lagerstatt der elfjährigen Tochter der Postassistentin.

Sogar die Bettwäsche fehlt in zahlreichen Fällen fast völlig. Ebenso, namentlich bei den Kindern, Saubereit und warme Kleidung. Die Kinder des Klempnermeisters G. auf Bild Nr. 7, die keine Wäsche, keine Socken, keine Schuhe besitzen, und von denen das kleinste in der Wiege liegende fast nackt war, sind nicht etwa Ausnahmefälle, sondern durchaus normale Berliner Erscheinungen. Es gibt Kinder, die, weil sie überhaupt keine Wäsche, keine Schuhe, keine Kleidung irgendwelcher Art besitzen, nur in Tüchern gehüllt über die Straße getragen werden können!

Selten sind Handtücher und Seife. Keineswegs ist in den früher so peinlich lauberen Berliner Arbeiterfamilien ein Luxus geworden, um den sie mit Verzweiflung ringen müssen. Gegenüber ist, wie trotzdem fast überall dieser Kampf geführt wird und wie über dem durchbrechenden Elend in so vielen dieser traurigen Zimmer ein fallcher, kümmerlicher Schimmer früherer Sauberkeit und Behaglichkeit fortbesteht.

Mit der gleichen ermüdenden und erschütternden Eintönigkeit und mit noch fürchterlicheren Folgen wiederholt sich

das Elend natürlich bei der Nahrung.

Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich behaupte, daß mindestens drei Viertel der Berliner Bevölkerung in Verlegenheit erregender Weise noch heute unterernährt ist, ein großer Teil noch heute physisch an Unterernährung langsam zu Grunde geht. In jeder dieser Familien bis zu 1000 Mark Monatsverdienst ist die Tageskost gleich, unerscheidet sich nur durch Abweichungen nach der negativen Seite. Morgens für Kinder und Erwachsene eine, oder wenn die Verhältnisse es erlauben, zwei Schnitten Brot trocken, oder bei den besser Situierten mit etwas Marmelade oder Margarine. Dazu Kaffeeersatz. Mittags an der Arbeitsstätte wieder ein oder zwei „Stullen“, bestenfalls mit Margarine. Abends Kartoffeln, Weizenbrot oder Kohlrüben. Fleisch nur bei den Wohlhabenderen und höchstens einmal die Woche. Ohne die Quäferspeisung, die der einzige Lichtpunkt im Leben von Tausenden und aber Tausenden von Berliner Familien ist, würde eine ganze Kindergeneration aufwachsen, die nie etwas anderes zur Kräftigung oder zum Genuß bekommen hätte, als trockenes Brot, Kaffee-Ersatz und Wassergemüse.

Es ist unbegreiflich, ja in tiefstem Grade beschämend, daß diese Volkslatastrophe, diese ungeheure Kindertragödie, die sich in unserer Mitte abspielt, ansehend kein Aussehen bei uns erregt! Eine Heilung, eine Wiedergerutmachung, soweit eine solche überhaupt möglich ist, ist allerdings nur denkbar auf einer ganz breiten und vor allen Dingen auch internationalen wirtschaftlichen Grundlage. Sie legt voraus und fordert gebieterisch den nationalen und internationalen Wiederaufbau, von dem so viel die Rede und bisher so wenig zu sehen ist. Wenn nichts anderes die Gewissen aufrüttelt, die Menschen vorwärtszudrängen kann, daß sie endlich Ernst machen, so sollten es die toten Kinderaugen der deutschen Großstädte tun.

Graf Kessler schiebt seine erschütternden Mitteilungen mit der Aufforderung an die bemittelten Kreise, sofort etwas zur Rettung der verelendeten Berliner Kinder zu tun. Es wäre eine Schande, wenn es nur bei diesem Appell an die Wohlthätigkeit bliebe. Es müssen sofort alle Mittel angewendet werden, um das Elend des Proletariats zu lindern. Völlig beseitigt werden kann es unter den heutigen Verhältnissen nicht, denn es ist unlosbar mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verknüpft. Darum muß das Proletariat sich immer von neuem an seine Pflicht erinnern, für die Beseitigung des Kapitalismus zu kämpfen und die sozialistische Ordnung, die allein imstande ist, das menschliche Elend an der Wurzel zu treffen, an dessen Stelle zu setzen.

Sunger

Roman von Knut Hamsun.

Ich trat in das erste Café, an dem ich vorüber kam, und sah um gekochte Milch. Ich bekam sie, trank sie so heiß herunter, wie sie war, verschluckte gierig jeden Tropfen, bezahlte und ging. Nach Hause.

Jetzt geschah etwas Seltsames. Vor wahrer Tür an die Gaslaternen gelehnt mitten in ihrem hellen Schein, saß eine Gestalt, die ich schon aus der Ferne erkenne, — wieder die schwarzeleidende Dame von den Abenden vorher. Ein Zutritt war nicht möglich; zum vierten Mal fand sie sich an derselben Stelle ein. Unbeweglich steht sie da. —

Dies kommt mir so seltsam vor, daß ich meinen Schritt unwillkürlich mächtige, meine Gedanken sind in diesem Augenblick in allerbesten Ordnung; aber ich bin erregt; meine Nerven sind durch die letzte Nahzeit noch gereizt. Wie gewöhnlich gehe ich dicht an ihr vorüber, komme beinahe bis an die Tür und bin im Begriff, einzutreten. Da fliehe ich hastig. Wüßlich fällt mir etwas ein. Ohne mir Rechenschaft darüber abzugeben, lehre ich wieder um und gehe direkt auf die Dame zu, sehe ihr ins Gesicht und grüße: „Guten Abend, Fräulein!“

„Guten Abend!“
Ob sie jemand suche? Ich hätte sie schon früher bemerkt; ob ich ihr in irgend einer Weise behilflich sein könnte? Bäte übrigens tausendmal um Entschuldigung.

Sie wisse nicht recht, ob.
In jenem Tor wohne niemand außer mir und drei oder vier Pferden; es sei überdies ein Stall und eine Klempnerwerkstatt. Entschieden müsse sie auf falscher Fährte sein, wenn sie hier jemand suche.

Sie wendet sich ab und sagt:

„Ich suche niemand, ich stehe nur hier; mit fiel ein, daß...“

So-o-o, es war nur ein Einfall, daß sie Abend für Abend dort stand. Das war doch seltsam; ich dachte darüber nach und wurde immer mehr an der Dame irre. Ich beschloß also, dreist zu werden. Ich klapperte ein wenig mit dem Geld in der Tasche und lud sie ohne weiteres ein, irgendwo ein Glas Wein mit mir zu trinken. . . in Anbetracht, daß es Winter sei, da—da. . . es brauche ja nicht lange zu dauern. . . Aber sie wolle wohl nicht? Nein, danke, das ginge nicht gut. Nein, das könnte sie nicht. Wenn ich sie aber eine Strecke begleiten wolle, so...

Der Heimweg sei so finster, und es geniere sie, allein durch die Karl-Johann-Straße zu gehen, es sei so spät geworden.

Wir setzten uns in Bewegung; sie ging an meiner Rechten. Ein eigentümlich schönes Gefühl bemächtigte sich meiner, das Bewußtsein, mich in der Nähe eines jungen Mädchens zu befinden. Während des ganzen Weges sah ich sie an. Das Parfüm ihres Haars, die Wärme, die von ihrem Körper ausging, dieser Frauenduft, der sie umgab, ihr süßer Hauch, jedesmal, wenn sie mir das Gesicht zuwandte, alles strömte auf mich ein und drang mir ziellos in alle Sinne. Ich vermochte ein volles, etwas bleiches Gesicht unter dem Schleier und eine hochgewölbte Brust unter dem Mantel zu unterscheiden. Der Gedanke an all diese verborgene Herrlichkeit, die ich unter Mantel und Schleier ahnte, verwirrte mich, machte mich blödsinnig glücklich, ohne irgend einen vernünftigen Grund; ich hielt es nicht länger aus, ich berührte sie mit der Hand, tastete über ihre Schulter und lächelte albern. Ich hörte mein Herz schlagen.

„Wie sonderbar Sie sind!“ sagte ich.

„Wie das?“

„Also erstens hatte sie die Gewohnheit, Abend für Abend vor einer Stalltür stehen zu bleiben, ohne irgend einen Grund, nur weil es ihr einfiel. . .“

Sie könne doch ihre Gründe dafür haben; und außerdem bleibe sie gern spät auf, das hätte sie immer mit Vorliebe getan. Ob ich gern vor 12 Uhr zu Bett gehe?

„Ja?“ Wenn ich irgend etwas auf der Welt verabscheute, so war es, mich vor 12 Uhr schlafen zu legen.

„Also sehen Sie! Na, und dann mache sie diesen Spaziergang immer am Abend, wenn sie nichts zu versäumen habe; sie wohne am St. Olavs-Platz. . .“

„Hajali!“ rief ich aus.

„Wie?“

„Ich sagte nur Hajali. . . Also fahren Sie fort!“

Sie wohne am St. Olavs-Platz, allein mit ihrer Mama, mit der man nicht reden könne, weil sie so taub sei. Was war denn Seltsames dabei, wenn sie gern ein bißchen ausging?

„Gar nichts“, sagte ich.

„Kun also?“ — Ich hörte an ihrer Stimme, daß sie lächelte. —

Ob sie nicht eine Schwester habe?
Ja, eine ältere Schwester, woher ich das wisse? — Die sei aber nach Damburg gereist.
Richtig?
Vor fünf Wochen. Woher ich wisse, daß sie eine Schwester habe?

„Ich wisse es gar nicht, ich fragte nur. Wir schwiegen. Ein Mann mit einem Paar Stiefel unterm Arm geht an uns vorüber, sonst ist die Straße leer, so weit wir sehen können. Vom Tivoli her leuchtet eine Reihe bunter Lampen. Es schneite nicht mehr, der Himmel war klar.“

„Gott, friert Sie nicht, ohne Ueberrock?“ sagt die Dame plötzlich und sieht mich an.

Sollte ich ihr sagen, weshalb ich keinen Winterrock hatte? Ihr meine Stellung sofort offenkundig und sie gleich von vornherein verstoßen? Es war ja so herrlich, hier an ihrer Seite zu gehen und sie noch einen Augenblick in Unwissenheit zu erhalten; ich lachte also und sagte:

„Nein, gar nicht.“ Und um nur auf ein anderes Thema zu kommen, fragte ich: „Haben Sie die Menagerie im Tivoli gesehen?“

„Nein“, entgegnete sie. „Ist da etwas zu sehen?“

Wenn es ihr nun einfiel, hinzuwollen? Da, wo es so hell war, und so viele Menschen! Es würde sie zu sehr in Verlegenheit bringen; mein schlechter Anzug, mein mageres Gesicht, das ich obendrein seit zwei Tagen nicht gewaschen hatte, würden sie zur Tür hinausstreben; vielleicht würde sie sogar entbeden, daß ich keine Weste anhatte. . .

„Ach nein“, sagte ich deshalb, zu sehen ist da gewiß nichts.“ Und dann fielen mir eine Menge glücklicher Dinge ein, von denen ich sofort Gebrauch machte, ein paar einfache Worte, Ueberbleibsel in meinem ausgetrockneten Hirn: Was konnte man wohl von solch einer kleinen Menagerie erwarten? Ueberhaupt hätten Tiere im Käfig gar kein Interesse für mich. Diese Tiere wissen, daß man dasteht und sie ansieht; sie fühlen die hundert neugierigen Blicke und werden davon beeinflusst. Nein, ich bitte mit Tiere aus, die nicht wissen, daß man sie begafft, jene scheuen Geschöpfe, die in ihrer Höhle umherhuschen oder mit blinzelnden, grünen Augen daliegen und ihre Tagek beladen und denken. Was?

„Ja, da hatte ich allerdings recht.“

Nur an dem Tier in seiner eigentümlichen Purrebarkeit, seiner eigentümlichen Würde war etwas Besonderes. Die lautlosen, schleichenden Tritte im Dunkel der Nacht, die vermittelter Unheimlichkeit des Waldes, der Schrei eines vorüberfliegenden Vogels, der Wind, der Blüternuß, das Tosen über uns im Raum, herum, der Geist des Raubtieres reicher im Raubtier. . . die Vögel des Unterwuchens. . .

(Fortsetzung folgt.)

